

NEUE NACHBARN

RECHTSPOPULISMUS IN HESSEN



INHALTSVERZEICHNIS

- 03 VORWORT
- 05 RECHTSPOPULISMUS / Gudrun Hentges
- 10 DIE NEUE RECHTE IN DEUTSCHLAND / Volker Weiß
- 14 RECHTSEXTREM REGIERTE RATHÄUSER / Bernard Schmid
- 18 INTERVIEW MIT MARIAN ZACHOW
- 20 INTERVIEW MIT DEBORAH MÜLLER-KOTTUSCH
- 22 INTERVIEW MIT SABINE WURST
- 24 RECHTSPOPULISMUS IN KOMMUNALEN PARLAMENTEN
- 28 WAS TUN?

Herausgeber:

MBT Hessen
Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus - für demokratische Kultur in Hessen
Richard-Roosen-Straße 11 • 34123 Kassel
Tel.: 0561/8616766 • info@mbt-hessen.org
www.mbt-hessen.org

Gestaltung: www.querwerk-kassel.de

Zur Bebilderung dieser Broschüre

Anstatt diese Broschüre mit Inhalten und Personen des Rechtspopulismus zu bebildern, haben wir uns entschieden, die positiven Seiten der sog. Willkommenskultur auch mittels Bildern hervorzuheben. Wir danken den diversen Willkommensbündnissen und engagierten Menschen für das Überlassen des Bildmaterials und wünschen uns, dass deren Engagement den gesellschaftlichen Stellenwert bekommt, den es verdient hat.

Bildurheber:

Bündnis „Bunt statt braun“

(S. 07 / 19 / 21 unten / 28) Die Bilder entstanden bei einem Markt der Möglichkeiten, den das zivilgesellschaftliche Bündnis „Bunt statt braun – Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus im Werra Meissner Kreis“ veranstaltete, wo sich ehren- und hauptamtlich Engagierte mit Geflüchteten austauschen und kennenlernen konnten.

Bündnis „Bunt statt Braun“

(S. 30 / 31) Hersfeld-Rotenburg Copyright: W. Schnitzlein

Initiative „Welcome in – Wohnzimmer“

(S. 06 / 08) Das Wohnzimmer ist ein Begegnungsort in Fulda für Einheimische und Geflüchtete. Es wird gemeinsam von Ehrenamtlichen mit und ohne Fluchterfahrung gestaltet und betrieben. „Zusammen zeigen wir, dass Vielfalt gut ist für Fulda, wenn man offen und respektvoll miteinander umgeht.“ Hier finden viele Projekte der Gruppe statt, wie Asylberatungen, Deutschkurse, ein Frauen- und Kinderprojekt, Freizeit, Spaß und Spiel. Alle Angebote im „Wohnzimmer“ sind kostenlos und werden über freiwillige Spenden finanziert.

Initiative „Gemeinsam Leben in Fuldabrück“

01 (S. 31): Die ersten Weihnachten in Deutschland 2016. Den Kindern machte es Spaß, den Weihnachtsbaum zu schmücken.
02 (S. 31 / 32): Vor der Fahrt zum Schwimmkurs (Wassergewöhnungskurs) der DLRG Lohfelden

Netzwerks für Toleranz in Landkreis Waldeck-Frankenberg

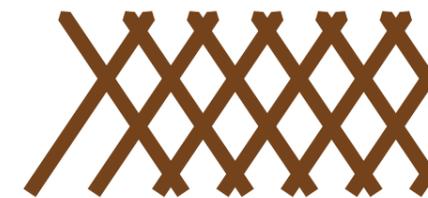
(S. 21 oben) Teilnehmer*innen bei einem Treffen des Netzwerks für Toleranz in Landkreis Waldeck-Frankenberg. Das Netzwerk wurde 2013 vom Landkreis gegründet und ist inzwischen eine Partnerschaft für Demokratie.

Copyright:

MBT Hessen • Kassel, 2017

1. Auflage

VORWORT



In den letzten zwei Jahren hat sich das gesellschaftliche Klima spürbar geändert. Seit dem Anstieg von der Flüchtlingszahlen im Sommer 2015 sind nicht nur „Neue Nachbarn“ in viele Kommunen in Nord- und Osthessen angekommen. Die Flüchtlingsdebatte hat auch dazu geführt, dass sich neue Seiten an Nachbarn, Freunden und Verwandten gezeigt haben. Nicht immer nur positive. In Parlamenten sind neue Nachbarn eingezogen, mit denen etablierte Parteien umzugehen haben.

Der vor allem von Hooligans und Rechtsextremist*innen getragene „Hogesa-Aufmarsch“ im Oktober 2014 in Köln war zwar ein viel beachtetes Ereignis, konnte aber in diesem Ausmaß nicht wiederholt werden und keine weitere gesellschaftliche Relevanz entwickeln. Die kurz darauf folgenden Pegida-Montagsdemonstrationen in Dresden (und für einige Monate in vielen anderen – auch westdeutschen – Städten) und insbesondere die steigenden Flüchtlingszahlen lösten hingegen eine nachhaltige Stimmungsänderung aus, die man nicht nur an Erfolgen der AfD bei diversen Landtagswahlen festmachen kann. Auch im Internet, in den Medien und der Politik änderte sich der Ton und die Grenzen des im öffentlichen Diskurs Sagbaren wurden merklich verschoben. Rassistische und andere rechtsextreme Straftaten stiegen sprunghaft an. Die Reaktionen darauf reichen von Betroffenheit und Entsetzen bis hin zum demonstrativen Verständnis für die Ängste „besorgter Bürger*innen“. An Konzepten, wie diesen Zuständen begegnet werden könnte, scheiden sich vielfach die Geister und häufig besteht eine große Ratlosigkeit.

Auch in Hessen waren sich, spätestens nach der Kommunalwahl im März 2016, viele darüber einig, dass von einer Verankerung rechtspopulistischer Positionen ins kommunalpolitische Geschehen gesprochen werden kann. Darüber hinaus „spazierten“ in Frankfurt (Fragida) und Kassel (Kagida) im Jahr 2015 über Monate immer montags Pegida-Ableger mit einer für die hiesige Protestkultur einmaligen Zusammensetzung aus AfD-Politiker*innen, Neonazis, Anhänger*innen der Neuen Rechten, Hooligans und Verschwörungstheoretiker*innen. Auch Zusammenschlüsse „besorgter Bürger“ und ähnliche Gruppierungen, machten von sich reden, so beispielsweise die „Besorgten Eltern“, die am 30. Oktober 2016 durch Wiesbaden demonstrierten, um gegen die aktuelle

Reform des Lehrplans zur Sexualerziehung zu protestieren. Vertreten war hier ebenfalls eine Allianz aus AfD-Politiker*innen, Mitgliedern der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ und radikalen Konservativen.

Dabei werden zum einen neue Plattformen für antiplurale und diskriminierende Ideologien geschaffen, beispielsweise durch die Etablierung einer sich selbst als „Bürgerbewegung“ gerierenden Neuen Rechten, zum anderen treten Protagonist*innen der Neuen Rechten aus ihren, sich selbst als Elite begreifenden Zirkeln verstärkt in die Öffentlichkeit und bilden neue Netzwerke. Neurechte Ideologien durchdringen vielfach Medien, soziale Netzwerke und schaffen es in die Politik. Die Leipziger „Mitte-Studie“ 2016 stellt fest, dass „die Haltung gegenüber Migrantinnen und Migranten [...] der Kristallisationspunkt [ist], an dem sich demokratische und antidemokratische Milieus voneinander abgrenzen, wobei auch jeweils andere Normen und Werte akzentuiert werden.“¹ Von einer Polarisierung über das Thema Asyl und Einwanderung wird seit vielen Monaten gesprochen und teilweise hitzig diskutiert. Das Thema ist zentral in der Ideologie rechtspopulistischer Gruppen und Parteien, kombiniert mit einer völkisch nationalistischen Identitätspolitik und Anti-EU-Rhetorik.

Die vorliegende Broschüre „Neue Nachbarn“ möchte die Linien des neuen Rechtspopulismus nachzeichnen und dabei insbesondere ein Hauptaugenmerk auf die Situation in den Kommunalparlamenten legen:

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Rechtspopulismus“, so beschreibt es Dr. Gudrun Hentges in ihrem Beitrag über den Rechtspopulismus in Europa. Sie legt uns ihre Analyse über Formen und Inhalte desselben dar und analysiert die sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Dimensionen.

Über die Entstehungsgeschichte, Wirkungsweisen und Strukturen der Neuen Rechten in Deutschland informiert Dr. Volker Weiß in seinem Beitrag „Die Neue Rechte in Deutschland“.

Daran anknüpfend beleuchtet Bernard Schmid die Karrieren von Kommunalpolitiker*innen der rechtsradikalen Partei „Front National“ in den Rathäusern Frankreichs und wirft einen Blick auf die langjährigen Erfahrungen mit dieser Partei in Kommunalparlamenten in Frankreich.

¹ vgl. Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2016):

Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Gießen, S. 135.

Wir haben weiterhin Abgeordnete aus Kommunalparlamenten zu ersten Erfahrungen mit der AfD in hessischen Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen befragt. Drei Interviews aus drei verschiedenen Regionen haben wir exemplarisch in die Broschüre genommen: Marburg-Biedenkopf, Landkreis Fulda und Stadt Kassel. Unsere Erkenntnisse insgesamt haben wir in einem „Hessenüberblick“ dargelegt, in dem auch die Erfahrungen sowie Beobachtungen aus anderen Landkreisen Nordhessens zusammengefasst werden.

Die modernisierte Rechte und der Rechtspopulismus haben sich vielerorts etabliert. Gleichzeitig nehmen die Beratungsanfragen wegen eines zunehmenden Rassismus in sehr unterschiedlichen Handlungsfeldern zu. Dabei liegt uns insbesondere der Grundsatz des „Empowerments“ am Herzen. Wir möchten die Kritiker*innen des Rassismus stärken und unterstützen das wachsende Engagement von zumeist ehrenamtlich arbeitenden Menschen in Bündnissen und anderen Arbeitskreisen. Darüber hinaus begleiten wir Parlamentarier*innen auf den doch teilweise recht neuen Pfaden im Umgang mit Rechtspopulismus in den Kommunalparlamenten. Bei manchen Themen, die von demokratischen Initiativen und Bürger*innenbewegungen seit Jahren bearbeitet werden, geht es auch darum, die Diskurshöhe wieder zu erlangen, wie beispielsweise beim Thema sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen.

In ganz Deutschland (und anderen europäischen Ländern) besteht die Befürchtung, dass die Stimmung „kippen“ könnte. Andererseits hat die in der Bundesrepublik als beispiellos zu bezeichnende Hilfsbereitschaft für Geflüchtete gezeigt, wozu eine aktive und weltoffene Zivilgesellschaft in der Lage sein kann. Diese Broschüre richtet sich an alle, die sich nach wie vor engagieren – in ihrer Kommune, in lokalen Parlamenten, in Vereinen und Verbänden.

So gibt es doch die Möglichkeit, den Geistern, die gerufen wurden, entgegenzutreten. Viele Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten haben uns die Menschen ge-

zeigt, die wir beraten und begleitet haben. Deswegen möchten wir sie mit dieser Broschüre inspirieren, sich gesellschaftlich und politisch im Sinne einer demokratischen Kultur (weiter) einzubringen und in vielfältiger Art und Weise zu beteiligen und mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement unsere Welt lebens- und liebenswerter zu machen.

Eine anregende Lektüre und Motivation für die weitere Arbeit wünscht das MBT Hessen!

ZU UNSEREM SPRACHGEBRAUCH

In unserem Vereinsnamen beinhaltet der Zusatz „für demokratische Kultur in Hessen“ ein Verständnis von Gleichberechtigung aller Menschen in unserer Gesellschaft. Das bedeutet für uns, dass wir uns auch für gleichberechtigte Teilnahme/Teilhabe aller Menschen an der Öffentlichkeit stark machen. Das setzt aber voraus, dass Unterschiedlichkeit von Menschen und die Vielfältigkeit von Identitäten gesehen und als selbstverständlich eingeordnet werden. Wir arbeiten entschieden gegen Politikformen, die starre Hierarchien, Abwertungen und Ausschlüsse rechtfertigen oder befürworten.

Durch einen bewussten Umgang mit Sprache, versuchen wir unserer Haltung zur demokratischen Kultur und die Diversität aller gesellschaftlichen Bereiche sichtbar zu machen. Durch den bewussten Umgang mit Sprache kann Diskriminierung vermieden und auch abgebaut werden.

Im Sinne eines antidiskriminierenden Sprachgebrauchs in Bezug auf Geschlecht verwenden wir deswegen in unseren eigenen Texten (andere Autor*innen haben sich für andere Schreibweisen entschieden) das Sternchen (*), um zu kennzeichnen, dass wir uneingeschränkt alle Geschlechtsidentitäten in unseren Texten sowohl ansprechen, als auch meinen. Das * steht für eine Vieldeutigkeit und Offenheit gegenüber Geschlechtsidentitäten, um insbesondere darauf zu verweisen, dass eine duale Geschlechtsvorstellung (Mann/Frau) konstruiert ist. Durch diesen Dualismus werden reale Identitäten unserer Gesellschaft negiert und somit diskriminiert.

Insbesondere in Bezug auf das Thema unserer Handreichung ist es uns ein besonderes Anliegen, diese Perspektive auf Geschlecht stark zu machen, da diskriminierende Haltungen und erzkonservative Forderungen auch beim Thema Gleichstellung von Geschlechtsidentitäten sehr aktuell sind.

RECHTSPOPULISMUS

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Rechtspopulismus.“

So oder ähnlich könnte man die derzeitige politische Konstellation charakterisieren. In vielen europäischen Ländern sorgen Vertreter/innen rechtspopulistischer Parteien immer wieder für Schlagzeilen – sei es durch gezielte Provokationen, Tabubrüche, verdeckte oder offene rassistische Äußerungen, die sich gegen soziale Minderheiten richten oder sei es durch nationalistische Propaganda, verbunden mit der strikten Ablehnung von Prozessen der europäischen Integration und generell von Globalisierungsprozessen. Verschärfend kommt hinzu, dass mit dem Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA und dem Sieg von Donald Trump diese politische Strömung am rechten Rand des Parteienspektrums nunmehr auch in das Weiße Haus eingezogen ist.

MERKMALE DES RECHTSPOPULISMUS

So unterschiedlich rechtspopulistische Politiker/innen und Parteien auch sein mögen, sie alle verfügen über einen kleinsten gemeinsamen Nenner. Sprechen wir im Folgenden von Populismus, so sind zwei Ebenen voneinander zu trennen: die der Form und die des Inhalts.

Die Form bezieht sich auf den Politikstil. Wir haben es zu tun mit einer spezifischen Rhetorik und Art der politischen Performance. Rechtspopulistische Politiker/innen appellieren direkt an das Volk (jenseits von Schicht oder Klasse) und verfügen über die Fähigkeit, Massen zu mobilisieren. Sie arbeiten mit einer immer wiederkehrenden Argumentationsfigur. Folgt man ihrer Argumentation, so ist der „kleine Mann auf der Straße“ massiv bedroht durch die Anfeindungen von außen (Globalisierung, Europäisierung, Einwanderung, Geflüchtete, Islam/Islamisierung/Islamismus) und innen (Einwanderung, Geflüchtete, Sinti und Roma, Islam/Islamisierung/Islamismus).

Der Inhalt zeichnet sich aus durch eine Strategie des „double closure“¹ – einer Abgrenzung nach oben bei einer gleichzeitigen Abgrenzung nach unten bzw. einer Abgrenzung gegenüber den sog. „Anderen“. So grenzen sich die

rechtspopulistischen Politiker/innen, Parteien und Bewegungen gegenüber dem Establishment ab – seien es die etablierten, traditionellen Parteien, sei es die politische Klasse, seien es die politischen und wirtschaftlichen Eliten, seien es die Journalisten und Medien. „Die da oben“ werden pauschal der Korruption, Vetternwirtschaft und Bereicherung verdächtigt und als Volksverräter oder Lügenpresse diffamiert.

Nach unten bzw. gegenüber den „Anderen“ erfolgt die Abgrenzung gegenüber (schwächeren) sozialen Gruppen, die als Bedrohung betrachtet werden – gegen (muslimische) Einwanderer, Geflüchtete, Sinti und Roma, aber auch gegen Empfänger/innen von Sozialhilfe oder Obdachlose.

Ein spezifisches Merkmal der rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen – ganz gleich, in welchem europäischen Land sie ihre Propaganda betreiben – besteht in ihrer Fokussierung auf das Volk. Dieses wird als ethnisch homogen konstruiert. Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen und deren (charismatische) Führer/innen nehmen für sich in Anspruch, exklusiv das Volk zu repräsentieren. Zugleich sprechen sie allen anderen politischen Akteuren ab, die wahren Interessen des Volkes erkennen und vertreten zu können. Insofern erheben die rechtspopulistischen Kräfte einen „Alleinvertretungsanspruch“, der einhergeht mit einem „dezidierten Antipluralismus“², zugleich wird das eigene Volk gegen das andere Volk ausgespielt.

EIN NEUES PHÄNOMEN?

Werfen wir einen Blick zurück, so stellen wir fest, dass das Phänomen Rechtspopulismus in Europa eine längere Geschichte hat als häufig vermutet:

Im Nachbarland Frankreich wurde der Front National (FN) 1972 gegründet. Bis 2011 war der FN unmittelbar mit seinem Vorsitzenden, Jean-Marie Le Pen, verknüpft. Der FN erzielte bereits ab Mitte der 1980er Jahre hohe Wahlergebnisse bei den Europawahlen, Parlamentswahlen und Präsidentschaftswahlen (Europawahlen 1984:

¹ In Anlehnung an Max Weber sprechen einige Autoren von **double closure**. Vgl. Felix Keller: *Die Empörung der ‚schweigenden Mehrheit‘. Rechtspopulismus in der BRD und der Schweiz 1960 bis 1990*, Zürich 1992; Ulrike Papuschek/Jörg Flecker/Sabine Kirschenhofer/Manfred Krenn: *Vorurteil und Berechnung. Sozioökonomischer Wandel und Varianten rechtspopulistischer Anziehung*, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.), *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen/Farmington Hills 2008, S. 236

² Jan Werner Müller: *Was ist Populismus? Ein Essay*, Frankfurt am Main 2016, S. 66

Das Team des MBT Hessen (von links nach rechts):
Christopher Vogel, Kirsten Neumann, Stefan Wunsch, Malte Lantzsch



10,95 %, Parlamentswahlen 1986: 9,65 %, Präsidentschaftswahlen 1988 14,38 %).

Die Gründung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) geht zurück auf das Jahr 1956. Als liberale Partei und Mitglied der Liberalen Internationalen bildete sie das dritte Lager im österreichischen Parteiensystem. Als Jörg Haider 1986 den Vorsitz der FPÖ übernahm, war er maßgeblich dafür verantwortlich, dass sich die wirtschaftsliberale zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelte. Die FPÖ als Rechtsaußenpartei trat erfolgreich zu den Nationalratswahlen im Jahre 1999 an und erzielte sogar mehr Stimmen als die konservative ÖVP. Die Schwarzen und die Blauen - ÖVP und FPÖ - gingen eine Regierungskoalition ein, die von 2000 bis 2006 Bestand hatte.



DIE SOZIO-ÖKONOMISCHE DIMENSION

Während in den Nachbarstaaten rechtspopulistische Parteien bei Wahlen Erfolge erzielen konnten, gab es in der Bundesrepublik Deutschland keine Partei, die auch nur annähernd so erfolgreich war. Formationen wie die REPublikaner (1983 ff.), der Bund freier Bürger – Die Freiheitlichen (1994 – 2000), die Bürgerbewegung Pro Köln (1996 ff.) und die weiteren Pro-Bewegungen, die Partei Rechtsstaatliche Offensive (Schill-Partei) (2000 – 2007) oder etwa die Partei Die Freiheit (2010 ff.) waren zeitweise und regional recht erfolgreich, konnten sich jedoch nicht langfristig auf Bundesebene etablieren. Die Tatsache, dass es einer Partei am rechten Rand derzeit gelungen ist, die rechtspopulistischen Unterströmungen, die es vermutlich in den letzten Jahren immer schon gegeben hat, in Wählerstimmen umzumünzen, ist nicht so einfach zu erklären. Eine tragfähige und überzeugende Erklärung muss verschiedene Dimensionen mit berücksichtigen. In Anlehnung an Stewart Agnus (1969) spreche ich hier von einem populistischen Moment, in dem verschiedene Faktoren zusammenwirken und somit Entstehungsbedingungen für das Aufkommen von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen schaffen.³

Wir haben es mit einer Verschränkung der folgenden Dimensionen zu tun: der sozio-ökonomischen, politischen und sozio-kulturellen Dimension.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2007/2008 und die Eurokrise zeigten in ganz Europa weitreichende Konsequenzen. Auch wenn die Bundesrepublik Deutschland derzeit eine niedrige Arbeitslosenquote aufweist, so haben dennoch die Entwicklungen der letzten Jahre deutliche Spuren hinterlassen. Stichwortartig sind hier zu nennen: Massive Rationalisierungen, Entlassungen, Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen, ein Rückgang des Anteils an sog. Normalarbeitsverhältnissen⁴ bei einem gleichzeitigen Anstieg von Teilzeitbeschäftigung, von geringfügiger Beschäftigung, von Leiharbeit – generell: von prekären Jobs. Zudem entstand, so Heinz Bude, ein neues „Dienstleistungsproletariat“ – Menschen, die sich zwar formal in einem Normalarbeitsverhältnis befinden, jedoch aufgrund der schlechten Bezahlung und der steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten nicht oder kaum dazu in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.⁵ Aufgrund der häufig kurzfristigen Beschäftigungsverhältnisse und der individualisierten Tätigkeiten sind sie nicht gewerkschaftlich organisiert und sind hochgradig individualisiert. Während Ulrich Beck in seinem Buch „Risikogesellschaft“ noch davon gesprochen hatte, dass wir es mit einem Fahrstuhleffekt zu tun haben und die Gesellschaft auf dem Weg nach oben ist, prägte Christoph Butterwegge das Bild des „Paternoster-Effekts“ – die einen fahren nach unten, die anderen nach oben. Die wachsenden sozialen Ungleichheiten in Deutschland und der EU sind die Folie, vor der Personen ihre eigene Lage beurteilen.⁶ Nicht absolute Armut ist das Problem, sondern relative Armut bzw. relative Deprivation.

³ Susanne Falkenberg: *Populismus und populistischer Moment im Vergleich zwischen Frankreich, Italien und Österreich* (Dissertation, vorgelegt an der Universität Duisburg Essen), Duisburg-Essen 1997; <https://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet/Document-5116/diss9705.pdf> (1.12.2016)

⁴ Der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse an der Erwerbsarbeit liegt derzeit bei nur noch 60 %, vor 15 Jahren betrug er noch 66 %. <http://www.iab.de/1406/view.aspx>

⁵ Heinz Bude: *Gesellschaft der Angst*, Hamburg 2014

⁶ Frank Vandenbroucke/David Rinaldi: *Soziale Ungleichheit in Europa. Die Herausforderungen Konvergenz und Kohäsion* (Hrsg. für die Bertelsmann Stiftung), Berlin 2016

DIE POLITISCHE DIMENSION

Zugleich ist das Vertrauen in die Politik – in die Bundesregierung, die -kanzlerin, den Bundestag, die Parteien geschwunden. Dies betrifft sowohl die Regierungsparteien als auch die Parteien der politischen Opposition. Unter dem Vorzeichen der Großen Koalition sind die Unterschiede zwischen den Christdemokraten und der Sozialdemokratie kaum noch wahrnehmbar. Der Annäherung der Volksparteien vorausgegangen war eine Neuausrichtung der Sozialdemokratie: Nach der Ära Kohl (1998 ff.) war es die Rot-Grüne-Koalition unter Bundeskanzler Schröder, die die Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen durchsetzte. Mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen wurde die größte Zäsur in der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates seit Bestehen der Bundesrepublik realisiert. In der Konsequenz wurde die Arbeitslosenhilfe, eine wichtige Lohnersatzleistung für Millionen von Menschen, faktisch abgeschafft. An deren Stelle trat eine bloße Fürsorgehilfe - das Arbeitslosengeld II, sodass in der Folge das Armutsrisiko von Langzeit-Erwerbslosen und ihren Familien deutlich erhöht wurde.⁷ Im Bundesgebiet entstand in Folge der Agenda 2010 einer der größten Niedriglohnssektoren Europas. Während die Gewinne für Reiche explodierten, stagnieren seit 1993 die Reallöhne – bei einem steigenden Produktivitätszuwachs.

In dem Maße, in dem die Sozialdemokratie den Versuch unternommen hat, sich in erster Linie an sozial aufsteigenden Schichten zu orientieren, hat sie ihr altes Wählerklientel – ungelernete und angelernte Arbeiter und Facharbeiter – weit hinter sich gelassen. Innerhalb der erodierenden Arbeitermilieus entstand ein politisches Vakuum. Personengruppen, die vom sozialen Abstieg betroffen waren, fühlten oder fühlen sich durch die SPD nicht mehr vertreten. In diesen Milieus waren weder konservative noch wirtschaftsliberale Parteien tief verankert. Im Zuge dessen verfestigte sich eine „Krise der politischen Repräsentation“ - eine politische Konstellation, in der immer größer werdende Teile der Gesellschaft sich nicht mehr von Parteien repräsentiert fühlen. Diese sog. Politikverdrossenheit betrug in den 1980er Jahren

noch ca. 10 Prozent; in den 90er Jahren ist die Quote der sog. politikverdrossenen Bürger/innen auf ca. 60 Prozent angestiegen und hat sich seitdem auf diesem Niveau stabilisiert.⁸

Mit der AfD hat sich nunmehr eine Partei etabliert, der es gelungen ist, diese Wählerschichten zu erreichen und für sich zu mobilisieren.

Dies bedeutet nicht zwingend, dass die AfD-Wähler/innen mehrheitlich von der Programmatik und Ideologie der AfD überzeugt sind. Meinungsforschungsinstitute konnten bei ihren Befragungen feststellen, dass Unzufriedenheit mit der Regierung und vorherrschenden Politik und Enttäuschung zentrale Motive waren. So gaben z.B. 69 % aller befragten AfD-Wähler/innen an, dass sie ihre Stimme der AfD gegeben haben, da sie von anderen Parteien enttäuscht seien; aber auch ein Viertel aller befragten AfD-Wähler/innen sagte, dass sie die AfD gewählt haben, da sie von „ihrer“ Partei überzeugt seien. Wahlentscheidend für AfD-Wähler/innen waren die Themen Flüchtlinge (72 %), innere Sicherheit (45 %), soziale Gerechtigkeit (28 %), Wirtschaft und Arbeit (14 %).⁹



Welche Ansichten vertreten AfD-Wähler/innen über ihre Partei? 99 % aller AfD-Wähler/innen stimmten der Aussage zu, es sei „gut, dass sie den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen“ wolle; 97 % waren der Meinung, dass die AfD verstanden habe, dass sich viele Menschen nicht mehr sicher fühlten; 95 % teilten die Einschätzung, es sei „gut, dass sie die Ausbreitung des Islam in Deutschland verhindern“ wolle; 91 % stimmten der Aussage zu, die AfD werde vor allem gewählt, um ein klares Zeichen gegen die anderen Parteien zu setzen.¹⁰

Die von AfD-Wählern geäußerten Sorgen wegen des Flüchtlingszuzugs bezogen sich auf die steigenden Sozialausgaben (99 %), die ansteigende Kriminalität (97 %), den zu stark werdenden Einfluss des Islam in Deutschland (96 %), die wachsende Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt (92 %) und auf die Bedrohung des Wohlstands (62 %).¹¹

⁷ Christoph Butterwegge: *Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?*, Weinheim/München 2015

⁸ Michael Vester: *Die politische Repräsentation und ihre Krise*, in: Philosophie in debate v. 1.2.2016; <http://philosophie-indebate.de/2469/schwerpunktbeitrag-die-politische-repraesentation-und-ihre-krise> (1.12.2016)

⁹ <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/umfrage-afd.shtml>

¹⁰ Ebd.

¹¹ Ebd.

Ergebnisse von Meinungsumfragen sind ja bekanntlich immer nur eine Momentaufnahme und können nur Hinweise auf bestimmte Trends geben. Deutlich wird hier, dass sich immerhin ein Viertel der AfD-Wähler/innen mit „ihrer“ Partei identifiziert, während ca. zwei Drittel der Wähler/innen die AfD gewählt haben, weil sie mit anderen Parteien unzufrieden sind. Insofern lässt sich die Frage „Protestwähler oder nicht?“ nicht eindeutig für alle Wähler/innen beantworten. Die AfD-Wählerbasis ist in dieser Hinsicht nicht als homogen zu beurteilen.



DIE SOZIO-KULTURELLE DIMENSION

Neben der Krise der politischen Repräsentation ist die Frage der Anerkennung bzw. die sozio-kulturelle Dimension von zentraler Bedeutung für die Erklärung des aufkommenden Rechtspopulismus. In dem Maße, in dem gesellschaftliche Integration nicht mehr oder in einem immer geringer werdenden Maße über den Arbeitsmarkt vermittelt werden kann, stellt sich die Frage nach der Anerkennung neu. Axel Honneth unterscheidet in Anlehnung an Hegel die Anerkennungssphäre der Familie und Liebe, die Anerkennungssphäre des Rechts, die Anerkennungssphäre der Wirtschaft.¹² In der Sphäre der Familie und Liebe sollen emotionale und sozialisatorische Leistungen erbracht werden.

In der Anerkennungssphäre des Rechts gilt das universalistische Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz. Somit haben soziale Bewegungen der späten 60er- und 70er-Jahre (u.a. die Bürgerrechtsbewegung in den USA und die Zweite Frauenbewegung in den USA und Westeuropa) die rechtliche Ungleichheit eingeklagt und eine Gleichheit vor dem Recht gefordert, sodass heute davon auszugehen ist, dass die formale rechtliche Gleichheit gewährleistet ist.

Von Relevanz ist die Frage der rechtlichen Gleichheit jedoch mit Blick auf jene im Bundesgebiet lebenden Menschen, die nicht über einen deutschen Pass verfügen,

keine Bürgerrechte haben und demnach nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten der politischen Partizipation haben.

Während die Sphäre des Rechts auf Egalität ausgerichtet ist, ist die Sphäre der Wirtschaft auf Leistung ausgerichtet: „Als Anerkennungsnorm, anhand derer das Maß an legitimerweise zu erwartender Anerkennung bestimmt wird, dient in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften das Leistungsprinzip.“¹³ Die Leistung fungiert als „normative Rechtfertigungsgrundlage für soziale Ungleichheit“ und legitimiert eine „abgestufte Teilhabe am wirtschaftlichen Reichtum“. Mit Blick auf die Sphäre der Wirtschaft wird deutlich, wie problematisch das Leistungsprinzip als Anerkennungsnorm geworden ist: Auf dem kapitalistischen Markt tummeln sich Akteure, die es allein aufgrund ihres Kapital- und Immobilienvermögens zu einem extremen Reichtum gebracht haben. Zugleich haben sich die Arbeitsbeziehungen radikal verändert, sodass aufgrund von Prozessen der Deregulierung und Entberuflichung viele Bereiche nicht mehr dazu in der Lage sind, als sichere Einkommensquelle zu fungieren. Der Anteil derer, die an einem „normativ geordneten Leistungswettbewerb partizipieren können“, so Honneth, wird immer schmaler. Somit ist es immer schwerer, überhaupt in der Sphäre der Wirtschaft, Anerkennung zu erlangen.

Robert Castel plädiert in dem Zusammenhang dafür, soziale Positionen als ein Kontinuum zu begreifen und unterscheidet zwischen der Zone der Integration, der Zone der Verwundbarkeit und der Zone der Entkopplung. Nicht nur die Erfahrung der „Entkopplung“, die Erfahrung, zu den „Überflüssigen“ zu zählen - freigesetzt worden zu sein - stellt die Personen vor große Herausforderungen und fordert sie auf zum „Kampf um Anerkennung“ auf. Auch die Erfahrung einer permanenten Instabilität, das Leben in einer „Zone der Verwundbarkeit“, veranlasst die Personen dazu, einen „Kampf um Anerkennung“ aufzunehmen.

Michael Vester spricht davon, dass der „moralische Schmerzpunkt“ für die meisten Milieus nicht etwa erst dann erreicht ist, „wenn ein absolutes materielles Minimum“ unterschritten wird, sondern dann, wenn die „gewohnte respektable Lebensweise und die Vorstellungen einer gerechten sozialen Ordnung in Frage gestellt werden“ und Risiken asymmetrisch verteilt werden, wenn beispielsweise jene Firmen Entlassungen vornehmen, die extrem hohe Gewinne eingefahren haben.¹⁵

PRÄVENTION UND GEGENSTRATEGIEN

Prävention und Gegenstrategien umfassen verschiedene Ebenen, von denen hier nur einige skizziert werden sollen: Auf der Ebene der politischen Bildung – der formalen und non-formalen – bedarf es einer intensiven Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und der extremen Rechten. So kann z.B. eine kritische Analyse des Grundsatzprogramms der AfD zeigen, dass es eine deutliche Diskrepanz gibt zwischen ihrer Ideologie und Programmatik.

Während die AfD z.B. die soziale Frage thematisiert und versucht, das Thema soziale Gerechtigkeit zu besetzen, fordert sie in ihrem Programm eine „flat tax“, steht also ganz in einer wirtschaftsliberalen und marktradikalen Tradition. Sie will die Reichsten der Reichen genauso besteuern wie die Ärmsten der Armen. Vermögens- und Erbschaftssteuer will sie ganz abschaffen, die Gewerbesteuer überprüfen und das Bank- und Steuergeheimnis wiederherstellen. Deutlich wird an diesen Vorschlägen, dargelegt im Grundsatzprogramm 2016, dass sie die Interessen von transnationalen Konzernen und großen Unternehmen vertritt und sich keineswegs für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzt. An diesem Beispiel ließe sich deutlich zeigen, dass sie sich der sozialen Demagogie bedient.¹⁶

Relevant für die politische Bildung sind auch die von der AfD verbreiteten Unwahrheiten und Lügen in Bezug auf die aktuelle Fluchtmigration. Während die AfD z.B. behauptet, dass derzeit hunderte Millionen Armutsflüchtlinge nach Deutschland kommen wollen – und damit massiv Ängste in der Bevölkerung schürt – ist eine Auseinandersetzung mit dem Thema Fluchtmigration

relevant, um Lügen und Unwahrheiten zu enttarnen und Lösungskonzepte zu entwickeln.

Da die AfD neben den 147 Landtagsmandaten auch über ca. 485 Mandate auf kommunaler Ebene verfügt, stellt sich die Frage des Umgangs in den Parlamenten. Aus den Erfahrungen mit dem Vlaams Belang in Belgien können wir lernen, dass sich die Strategie des „Cordon Sanitaire“ bewährt hat. In Belgien haben sich alle Parteien des politischen Mainstreams – unterschiedlicher politischer Ausrichtung – dazu verpflichtet, unter keinen Umständen mit der Rechtsaußenpartei Vlaams Belang zusammenzuarbeiten. Im Sinne einer politischen Quarantäne lehnen die belgischen Parteien jegliche Koalitionen mit dem Vlaams Belang ab, sei es auf nationaler oder auf lokaler Ebene. Zu einem solchen „Cordon Sanitaire“ sollten sich auch die bundesdeutschen Parteien des Mainstreams verpflichten.

In Bezug auf die tiefer liegenden Ursachen und Erfolgsbedingungen des Rechtspopulismus gilt: „Erfahrungen kommen gegen Belehrungen nicht an.“ Demnach müssen die gesellschaftlichen Bereiche so konzipiert sein, dass Menschen nicht die Erfahrung machen, entkoppelt worden zu sein oder sich in der „Zone der Verwundbarkeit“ zu befinden. Hier sind große gesellschaftliche Anstrengungen von Nöten – sei es im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sei es im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik und Bildungspolitik. Oder – wie Klaus Dörre es formuliert:

„Das wirkungsvollste Gegenmittel gegen die Neue Rechte und deren gewalttätige Radikalisierung ist eine Politik demokratischer Umverteilung.“¹⁷



Gudrun Hentges

ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Von 2004 bis 2016 lehrte und forschte sie an der Hochschule Fulda.

¹² Axel Honneth: *Verwilderungen. Kampf um Anerkennung im frühen 21. Jahrhundert*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1-2/2011, S. 37-45

¹³ Ebd.

¹⁴ Interview mit Robert Castel, in: *Polar #21*; http://www.polar-zeitschrift.de/polar_04.php?id=187 (1.12.2016); Robert Castel: *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz 2000

¹⁵ Michael Vester: *Die politische Repräsentation und ihre Krise*, in: *Philosophie in debate* v. 1.2.2016; <http://philosophie-indebate.de/2469/schwerpunktbeitrag-die-politische-repraesentation-und-ihre-krise> (1.12.2016)

¹⁶ Matthias Kamann: *Das sind die wichtigsten Punkte im AfD-Grundsatzprogramm*, in: *Die Welt* v. 2.5.2016; <https://www.welt.de/politik/deutschland/article154930612/Das-sind-die-wichtigsten-Punkte-im-AfD-Grundsatzprogramm.html>
Das Grundsatzprogramm der AfD, Berlin 2016;

https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf (2.12.2016)

¹⁷ Klaus Dörre: *Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt*, in: *Theoriekritik*; <http://www.theoriekritik.ch/?p=2833> (2.12.2016).

Vgl. auch: Gudrun Hentges / Hans-W. Platzer / Kristina Nottbohm (Hrsg.): *Europäische Identität in der Krise?*, Wiesbaden 2016 (i.E.)

DIE NEUE RECHTE IN DEUTSCHLAND

Der Auftrieb der Neuen Rechten in Deutschland traf die Öffentlichkeit unvorbereitet. Ihre Begriffe und Strategien waren außerhalb hochspezialisierter Kreise kaum bekannt. Selbst in der Forschung wurde sie wenig beachtet. Das hatte einen einfachen Grund: Von den unterschiedlichen Strömungen der äußersten deutschen Rechten, die vom Nationalkonservatismus bürgerlicher Prägung über den Rechtspopulismus, religiöse Fundamentalismen bis ins nationalrevolutionäre und neonazistische Lager reichten, agierte die Neue Rechte am wenigsten auffällig. Mit ihrem intellektuellen Profil und dem daher wenig spektakulären Erscheinungsbild war sie für eine Gesellschaft irrelevant, die ihre Aufmerksamkeit nach kulturindustriellen Schemata strukturiert. Der Neuen Rechten kam es lange Zeit entgegen, unauffälliger zu sein als ihre kampfstiefelbewährten Kameraden. Sie pflegte das Image eines elitären Zirkels. Karlheinz Weißmann, ein führender Kopf der Strömung, fasste diesen Anspruch in der Gründungsphase des neurechten „Instituts für Staatspolitik“ (IfS) um die Jahrtausendwende zusammen: „Uns geht es um geistigen Einfluß, nicht die intellektuelle Lufthoheit über Stammatischen, sondern über Hörsälen und Seminarräumen interessiert uns, es geht um Einfluß auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht und Mandatsträgern sitzen, umso besser.“¹

DIE GEGENWART

Heute allerdings hat die Neue Rechte sichtbar an Einfluss gewonnen. Ihre Kernmedien, hauptsächlich die Wochenzeitung *Junge Freiheit*, das Printmagazin und der gleichnamige Blog *Sezession* sowie die kleinere *Blaue Narzisse* u.a. haben an Bekanntheit spürbar zugenommen. Gleiches gilt für Projekte in ihrem Dunstkreis, die sich mit der Neuen Rechten Autoren, Themen oder auch nur die Terminologie teilen. Darunter befinden sich die eher an die klassische extreme Rechte erinnernden Magazine *Compact* und *Zuerst!*, aber auch leisere Blog-Formate wie *eigentümlich frei*, *Tichys Einblick* oder *Acta diurna* bis hin zu der wohl bekanntesten Homepage *PI-News*. Diese Diversifizierung eines einstmals kleinen Medienspektrums zeugt bereits von einer Verbreiterung der Zielgruppe. Auch der mit dem IfS verbundene Antaios Verlag ist ein wirtschaftlich tragfähiges Unternehmen geworden und bedient eine steigende Nachfrage nach der passenden weltanschaulichen Literatur. Die gleiche Aufgabe erfüllen heute neben dem Buchdienst der *Jungen Freiheit*,

Kleinverlage wie Karolinger oder österreichische Häuser wie Ares und Stocker. Im Angebot von Antaios befinden sich rechte Klassiker wie Ernst Jüngers Sekretär Armin Mohler, dem die Rolle des Gründervaters der Neuen Rechten zukommt. Ebenso verlegt werden prominente Vertreter der französischen Rechten wie Jean Raspail und Renaud Camus. Das Programm umfasst aber auch einen Autor wie Akif Piringçi, dem das intellektuelle Profil fehlt. Antaios-Gründer Götz Kubitschek ist in den letzten Jahren als geschickter Netzwerker aufgefallen, der 2012 den „Zwischentag“, die Fachmesse rechter Verlage und Organisationen, ins Leben rief.

Seit ihrem Beginn hat die Neue Rechte Einfluss auf die Pegida-Bewegung genommen. Die von neurechten Akteuren um das IfS gegründete Identitäre Bewegung (IB) versucht zudem, einen Anschluss an Jugendsubkulturen zu finden. Vor allem aber wirken die Netzwerke der Neuen Rechten in die aufstrebende rechtspopulistische AfD hinein. Dabei finden sich sogar die unterschiedlichen Flügel der Partei von den unterschiedlichen Fraktionen unterstützt. Während es die *Junge Freiheit* eher mit den Vertretern des nationalliberal und -konservativ geprägten Rechtspopulismus wie Frauke Petry, Marc Jongen und Jörg Meuthen hält, hat die radikalere, intransigente Strömung um das IfS, *die Sezession* und die „Identitären“ einen guten Draht zum völkischen Flügel. Durch diese relative Breitenwirkung der Neuen Rechten wird zwar ihr über lange Jahre hin gepflegter elitärer Status in Mitleidenschaft gezogen, es zeichnet sich aber zugleich eine politische Wechselwirkung ab: Einerseits profitiert sie vom Aufstieg des Rechtspopulismus und wird von der Welle des Wutbürgertums mit- und emporgerissen. Andererseits werden ihre Kampfbegriffe wie die Rede vom „Großen Austausch“ der Bevölkerung, dem deutschen „Schuldskult“ und der angeblichen Diktatur der „Gutmenschen“ breiter rezipiert. Mit ihrem Erfolg läuft die Neue Rechte also Gefahr, ihr elitäres Profil zu verwässern.

RECHTER GENERATIONSWECHSEL IM SCHATTEN DER SOZIALLIBERALEN WENDE

Allerdings ist anzumerken, dass diese Distinktion in weiten Teilen ebenso auf Selbstwahrnehmung beruhte, wie das Adjektiv „neu“. Denn die Neue Rechte hing immer in großen Teilen mit der alten zusammen. Wie ein Blick auf ihre Entwicklung zeigt, sind die Grenzen zur „alten Rechten“ allenfalls idealtypisch zu ziehen und

wurden in der Realität stets verwischt. Schließlich ging die Neue Rechte als „Modernisierung“ während eines „Generationenkonflikts“ aus der alten hervor (vgl. Langebach/Raabe 2016: S. 562). Bereits in den sechziger Jahren hatten Zeitschriften wie das Hamburger *Junge Forum* neue Wege gesucht, um die Rechte zu verjüngen, gegenwartstauglicher zu machen und mit neuer Dynamik zu versehen. Endgültiger Wendepunkt war der verpasste Parlamentseinzug der NPD bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag 1969, auf den Niederlagen in den kommenden Landeswahlen folgten. Die erst 1964 gegründete NPD, bislang Sammelbecken von alten Nationalsozialisten und Nationalkonservativen, geriet damit in eine Krise. Gesamtgesellschaftlich kündigte sich ein kultureller Wandel an, der das folgende Jahrzehnt sozialliberal prägen sollte. In dieser Situation formierte sich aus jüngeren Kadern des extrem rechten Milieus eine neue Strömung, wie etwa die 1972 gegründete „Aktion Neue Rechte“. Der Vergleich dieser Modernisierung mit der Neuen Linken liegt nahe, greift aber zu kurz, da wesentliche Impulse aus Frankreich kamen, wo sich die Nouvelle Droite schon vor dem symbolträchtigen „Mai 68“ gebildet hatte (vgl. Wölk 2015). Zudem zog die Neue Rechte vielfältige Inspirationen aus der „revolutionären“ Strömung des Weimarer Nationalismus und konnte damit auf eine eigene Traditionslinie verweisen. Damit knüpfte die Neue Rechte an das Konstrukt einer „Konservativen Revolution“ an, das Armin Mohler in seiner Dissertation 1949 geschaffen hatte.

ARMIN MOHLER UND DIE KONSERVATIVE REVOLUTION

Mohlers kommentierte Bibliographie von Autoren des deutschen Nationalismus war ein großangelegter Entlastungsangriff rechten Denkens, mit dem er den Versuch machte, mehrere Strömungen „revolutionärer“ Konservativer und Nationalisten in möglichst große Distanz zu Weltbild und Terror des Nationalsozialismus zu positionieren. Richtig an dem Ansatz war die Tatsache, dass die Weimarer Rechte wesentlich mehr Erscheinungsformen kannte als den Nationalsozialismus. Unsinn war es, die geistige Nähe und teilweise auch politisch-biographischen Verbindungen schlichtweg zu leugnen. Der Sinn von Mohlers Konstruktion der eigenständigen Strömung einer „Konservativen Revolution“ war allein, der deutschen Rechten nach 1945 eine Legitimation zu schaffen. Mit der Legende einer nicht durch Hitler desavouierten Strömung gelang dies. Von diesen „Konservativen Revolutionären“ übernahmen Mohler und seine Schüler Zeitdiagnostik, Gesellschaftsvorstellungen und Leitbegriffe und passten sie ihrer Gegenwart an. So wurde die Kulturkritik von Autoren wie Oswald Spengler und Arthur Moeller van den Bruck wiederbelebt, derzufolge das übergeschichtliche „Reich“ der Deutschen durch die Demokratie in seiner Substanz bedroht sei. Gleiches gilt für den heroischen Realismus Ernst Jüngers, der archaische Mythen mit modernster Technik und soldatischem Habitus zu vereinen verstand. Die wichtigste Rolle als Stichwortgeber kam dem Staatsrechtslehrer Carl Schmitt zu, mit dem Armin Mohler persönlich eng verbunden war. Seinen Texten sind die zentralen Gedanken

zur Raumtheorie, Staatspolitik und Fragen politischer Strategie entnommen. Als Theoretiker des Staatsnotstandes und der imperialen Raumordnung gilt Schmitt als unumstößliche Autorität in Fragen von Identifikation und Abwehr des inneren und äußeren „Feindes“. Seit einiger Zeit wurde, auch als Reaktion auf kritische Diskussionen, verstärkt Martin Heidegger rezipiert (vgl. Brumlik 2016). Besonders die Identitäre Bewegung bedient sich eines an Heideggers Denken orientierten Jargons zur weltanschaulichen Unterfütterung ihrer Aktionen, um auf das „Eigentliche“ der angeblich bedrohten Identität hinzuweisen (vgl. Sellner/Spatz 2015). Diese historischen Einflüsse sind kaum zu unterschätzen. Anders als beispielsweise in den angelsächsischen Ländern, wo unter der Neuen Rechten eine spezifische Spielart des autoritären Neoliberalismus (Thatcherism/Reaganism) verstanden wurde, schleppte die deutsche den historischen Ballast der Zwischenkriegszeit stets mit sich. Schon erste Analysen der *Jungen Freiheit* erkannten schnell ihren Charakter als „Plagiat“ des Völkischen Nationalismus der Weimarer Zeit (vgl. Kellershohn 1994).

Der Impulsgeber Armin Mohler war in diesem Gründungsprozess ein wesentlicher Netzwerker, der Kontakte zwischen verschiedenen Generationen einerseits und besonders zwischen deutschen und französischen Rechten forcierte. Organe der klassischen Rechten wie *Nation und Europa*, die der ehemalige SS-Offizier Arthur Erhard herausbrachte, öffneten sich für jüngere Autoren mit neuen Ideen, wie Henning Eichberg und Alain de Benoist. Mit *Criticón* kam eine Zeitschrift hinzu, an der Mohler starken Anteil hatte und die den Konservatismus in seinem Sinne neu zu definieren trachtete. Ab 1979 verfolgte *wir selbst* einen nationalrevolutionären Anspruch und versuchte, auf das grüne Alternativmilieu einzuwirken. In den 1980er-Jahren wurde das neurechte Netzwerk noch ausgebaut. In Form des (in Nordhessen ansässigen) Thule-Seminars und der Zeitschrift *Elemente* bildete sich ein Theoriezirkel mit heidnisch-esoterischen Zügen, der an ähnlichen Strukturen um Benoist in Frankreich (GRECE und die Zeitschrift *Eléments*) angelehnt war. Neurechte Aktivitäten konzentrierten sich also von Beginn an auf die Theorieebene, was sie seit den siebziger Jahren von der aktionistisch orientierten übrigen extremen Rechten unterschied. Alain de Benoist sollte schließlich mit dem Begriff „Metapolitik“ das Konzept liefern, demzufolge einem politischen Sieg zunächst die Eroberung der „kulturellen Hegemonie“ im vorpolitischen Raum vorausgehe. Daher konzentrierte die Neue Rechte ihre Kraft auf eine langfristige „Kulturrevolution von rechts“ (vgl. Benoist 1985).

KONSERVATIV?

Neben dieser metapolitischen Konzeption und der auffällig intensiven Rezeption von Schmitt, Jünger, Spengler etc. zeichnet sich die Neue Rechte durch einen radikalen Antiliberalismus aus. Die Parole Moeller van den Brucks, „An Liberalismus gehen die Völker zugrunde“ ist bis heute der Schlachtruf, mit dem sie der „Dekadenz“ der westlich-amerikanisierten Gesellschaft zu Leibe rücken

¹ vgl. *Junge Freiheit* 36/2001: S. 6.

möchte. (Moeller van den Bruck 1931: S. 69) Wichtigstes taktisches Merkmal ist dabei die Kennzeichnung nach außen als „konservativ“, obgleich die neurechten Positionen weit jenseits dessen sind, was sich nach 1945 als Konservatismus in der Bundesrepublik etabliert hatte. Unter dem Banner, die eigentliche deutsche „Identität“ zurückzuerlangen, werden unter Rückgriff auf autoritäre und völkische Vorstellungen vordemokratische Konzepte stark gemacht. Das entsprechende Leitmotiv dieser Kreise ist bis heute Mohlers Setzung „Die Definition, was ›konservativ‹ ist“, sei bereits „ein politischer Akt.“ (Mohler 1974: S. 14.)

Auf dieser Basis ist auch die Beziehung der Neuen Rechten zu politischen Parteien widersprüchlich und wechselhaft. Die meisten ihrer historischen Vorbilder sahen sich zumindest über den Parteien stehend, da sie die Demokratie verachteten. Auf Basis dieses grundsätzlichen Antiparlamentarismus stand das IfS dazu, „daß es mit seiner Arbeit stets auch versucht, junge Leute von einem Engagement in einer Partei abzubringen.“ (vgl. IfS, 2007, S. 3). Auch Moeller van den Bruck, der Kopf des „jungkonservativen“ Juni-Klubs in der Weimarer Republik formulierte als Ziel, die „Parteien von der Seite der Weltanschauung her zu zertrümmern“. (Moeller van den Bruck 1931: S. 5) An die Stelle der Demokratie als einer „Herrschaft der Minderwertigen“ (vgl. E.J. Jung 1927) sollte der „Neue Staat“ (vgl. Schotte 1932) treten, ein ständestaatlich gegliedertes autoritäres System. In der Regierung des Reichskanzlers Franz von Papen und dessen „überparteilichem“ Kabinett kam man diesem Ideal bereits sehr nahe, die Ähnlichkeit mit dem *Fascismus* italienischer Prägung war augenfällig. Papens Schlag gegen die sozialdemokratische preußische Staatsführung 1932 deutete schon den neuen autoritär-antiparlamentarischen Weg an. Aus diesem Grund war das Verhältnis zur NSDAP umstritten, an der neben ihrem wenig exklusivem Charakter vor allem die Parteiform kritisiert wurde. Generell stand sie im Verdacht, die Demokratie eher zu stärken statt sie zu zerstören. Dennoch entschied sich Franz von Papen, die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zu ermöglichen, in dem Glauben, ihre „plebejischen“ Kräfte einhegen zu können. Ein fataler Irrtum, wie sich im Juni 1934 zeigte, als unter dem Deckmantel der „Röhm-Krise“ die jungkonservative Schaltstelle um Vizekanzler Papen zerschlagen und u.a. dessen „jungkonservativer“ Redenschreiber E.J. Jung ermordet wurde. Immerhin ermöglichte diese Tragödie die Legitimationslegende der späteren Neuen Rechten, ihre Vorbilder aus der Konservativen Revolution seien die „ersten Opfer Hitlers“ gewesen.

In der Bundesrepublik war die Neue Rechte noch in den etablierten Politikbetrieb eingebunden. Ihr Stammvater Armin Mohler hatte als Berater von Franz Josef Strauß (CSU) und Leiter der Siemens Stiftung durchaus Wirkung entfalten können. Strauß persönlicher Referent Marcel Hepp, ein Schüler Mohlers, verfolgte die Strategie, die CDU durch eine bundesweit agierende CSU von rechts unter Druck zu setzen, um ihre Liberalisierung

zu blockieren. Durch etablierte Akademiker wie Arnold Gehlen und Günter Rohrmoser waren ihre Inhalte anschlussfähiger als heute. In den Achtziger Jahren wurde das Studienzentrum Weikersheim, das der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger 1979 gegründet hatte, zu einer wichtigen Anlaufstätte für die Neue Rechte. Mit dem Ausbleiben einer erhofften tatsächlichen „geistig-moralischen Wende“ unter Helmut Kohl in den Achtziger Jahren löste sich das Band zur Union mehr und mehr. Die *Junge Freiheit* richtete sich an den extrem rechten Republikanern aus. Nach deren Verschwinden wurde zunächst der *Bund Freier Bürger* attraktiv, kurzzeitig setzte man die Hoffnungen auch auf den nationalen Flügel der FDP. Mit der Diagnose „Politik ohne Überzeugung“ (IfS 2005) war die während der rot-grünen Ära in der Opposition modernisierte CDU selbst mehr und mehr zum Feindbild geworden. Ein letzter Versuch, das Ruder innerhalb des etablierten Parteiapparates herumzureißen, stellte 2010 die Aktion „Linkstrend stoppen“ dar. In ihr versuchte insbesondere die *Junge Freiheit* gemeinsam mit den verbliebenen Nationalkonservativen in der CDU ein letztes Mal erfolglos, der Partei wieder ein rechtes Profil zu geben – und scheiterte. Durch Gründung der AfD hatte die Neue Rechte schließlich eine politische Heimat gefunden. Die *Junge Freiheit* kann als inoffizielle Parteizeitung der AfD gesehen werden. Vor allem Vertreter des völkischen Parteiflügels wie Björn Höcke und André Poggenburg sind in engem Kontakt mit dem Antaios-Verlagschef Götz Kubitschek. Aus den Schriften und Veranstaltungen des IfS saugt Höcke nach eigenen Aussagen „geistiges Manna“². Die Fundraising-Plattform *einprozent.de*, der neben Kubitschek auch der AfD-Politiker Hans-Thomas Tillschneider und der Nationalrevolutionär Jürgen Elsässer angehören, sammelt Geld, mit dem u.a. Aktionen der „Identitären“ unterstützt wurden. Der Preis ist der Verlust des rein intellektuellen Profils und eine Hinwendung zum Aktionismus und Rechtspopulismus.

GESCHICHTSREVISIONISMUS

Dabei zeichnet sich auch eine Annäherung an die klassische extreme Rechte ab, mit der es ohnehin stets Schnittmengen gab. Besonders augenfällig wurde das in geschichtspolitischen Fragen. Beide Strömungen teilten stets die Überzeugung, die Deutschen hätten mit der Niederlage im Zweiten Weltkrieg und der anschließenden Demokratisierung wesentliche Teile ihrer Identität verloren. Die Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit diene aus dieser Sicht lediglich dem Ausland, um Deutschland weiter kleinzuhalten und zu erpressen. Geschichtspolitik gehört daher zu den zentralen Säulen neurechter Metapolitik. Davon zeugen auch wichtige Titel ihres Kanons wie Armin Mohlers *Vergangenheitsbewältigung* (1968) und *Der Nasenring* (1991), der Sammelband von Heimo Schwillk und Ulrich Schacht *Die selbstbewusste Nation* (1994) und Thorsten Hinz *Die Psychologie der Niederlage* (2011). Gerade in ihrer Abwehr einer kritischen Aufarbeitung der deutschen Geschichte, insbesondere der

Verbrechen des Nationalsozialismus, unterscheidet sich die Neue Rechte nicht von der alten. Im Fall Armin Mohlers kam es 1994 zum Konflikt mit der *Jungen Freiheit*, da Mohler sich für den Holocaust-Leugner Fred Leuchter eingesetzt hatte. Insgesamt herrscht in der Neuen Rechten eine ähnlich geschichtsrevisionistische Sicht vor wie in der alten. Insofern ist auch Björn Höckes Dresdner Rede auf einer Versammlung der „Jungen Alternative“ vom Januar 2017 zur „dämlichen Bewältigungspolitik“ fest in den neurechten Diskurs eingebettet.

Die Geschichte der Neuen Rechten ist ein langer, wechselhafter Weg. Ihr derzeitiger Aufwind ist der stärkste in den Jahrzehnten ihres Bestehens. Ihr erster Frühling in den Siebzigern spielte sich vor allem innerhalb des eigenen Milieus ab. Der Ansatz der Neunziger, den Deutschen nach der Wiedervereinigung den Weg zur Totalrevision der Nachkriegsgeschichte zu weisen, schien durch eine kurzzeitige Kooperation mit dem Ullstein-Ver-

lag ein breiteres Publikum zu erreichen, blieb letztlich aber erfolglos. Auf die Ära Kohl folgte weniger die Renationalisierung als die Europäisierung und die Reformen von Rot-Grün. Ein erstes Einsickern ihrer „Kampfbegriffe“ (Carl Schmitt) in den breiteren politischen Diskurs fand 2010/11 im Zuge der Debatte um Thilo Sarrazins *Deutschland schafft sich ab* statt, die *Junge Freiheit* und IfS für sich zu nutzen verstanden. Doch erst die Euro- und die „Flüchtlingskrise“ setzten Prozesse in Gang, die zur Gründung der AfD führten und einen umfassenden Rechtsruck in greifbare Nähe rückten. Im europäischen Vergleich hinkt Deutschland mit dem Aufschwung einer rechtspopulistischen Partei sogar noch hinterher. Insofern galt lange, was Richard Gebhardt zu Beginn der Flüchtlingskrise feststellte: „Die Rechte ist gegenwärtig nicht die Avantgarde, sondern die Nachhut.“ (Gebhardt 2014) Mittlerweile schickt sich diese Nachhut jedoch an, an der Spitze der Bewegung zu marschieren, von der sie selbst aus der Versenkung geholt werden musste.



Dr. Volker Weiß,

Historiker. Autor von *Zeit und Jungle World*. Befasst sich seit vielen Jahren mit Geschichte und Gegenwart der Neuen Rechten. Sein neues Buch ist im Frühjahr 2017 erschienen: *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Klett-Cotta, Stuttgart 2017.

Foto: © Annette Hauschild, Berlin

LITERATUR

- Benoist, Alain de (1985): *Kulturrevolution von rechts*. Gramsci und die Nouvelle Droite. Krefeld.
- Gebhardt, Richard (2014): *Ihr Feind steht links*. In: Zeit Online v. 14. April 2014. <http://www.zeit.de/kultur/literatur/2014-04/debatte-intellektuelle-rechte-in-deutschland/komplettansicht>
- Heimo Schwillk, Heimo / Ulrich Schacht, Lrich (Hrsg.) (1994): *Die selbstbewusste Nation*. Berlin u.a.
- Hinz, Thorsten (2011): *Die Psychologie der Niederlage*. Berlin.
- Institut für Staatspolitik (2005): *Politik ohne Überzeugung*. Merkels Union. Schnellroda.
- Institut für Staatspolitik (2007): *Partei Gründung von rechts*. Sind schlanke Strukturen möglich? Schnellroda.
- Jung, Edgar Julius (1927): *Die Herrschaft der Minderwertigen*. Ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein neues Reich. Berlin.
- Kellershohn, Helmut (Hrsg.) (1994): *Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit*. Münster.
- Martin Langebach, Martin/Jan Raabe, Jan (2016): *Die »Neue Rechte« in der Bundesrepublik Deutschland*. In: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden 2016, S. 561–592.
- Moeller van den Bruck, Arthur (1931): *Das dritte Reich*. Hamburg.
- Mohler, Armin (1968): *Vergangenheitsbewältigung*. Von der Läuterung zur Manipulation. Stuttgart.
- Mohler, Armin (1974): *Von rechts gesehen*. Stuttgart.
- Mohler, Armin (1991): *Der Nasenring. Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung*. München.
- Sarrazin, Thilo (2010): *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. München.
- Schotte, Walther (1932): *Der neue Staat*. Berlin.
- Sellner, Martin/Spatz, Walter (2015): *Gelassen in den Widerstand. Ein Gespräch über Heidegger*. Schnellroda.
- Wölk, Volkmar (2015): *Der gescheiterte Aufstieg*. In: *Der Rechte Rand* 157/2015: S. 8-109.

² vgl. (<https://www.youtube.com/watch?v=qLsetj1Lcbk>)

RECHTSEXTREM REGIERTE RATHÄUSER

ERFAHRUNGEN MIT DEM FRONT NATIONAL IN KOMMUNALPARLAMENTEN IN FRANKREICH

Vor 45 Jahren gründete sich der Front National als Rechtsaußenpartei in Frankreich. Seitdem liegen viele Erfahrungen mit Vertreterinnen und Vertretern dieser rechtsextremen Partei in kommunalen Parlamenten vor. Wie treten sie auf und welche Strategien verfolgen sie?

Der kleine „Möchtegern-Führer“ ist empfindlich. Die liberale Pariser Abendzeitung *Le Monde* hatte ihn in einem Portrait vom 13. September 2014 als den „Tyrannen von Lothringen“ tituliert. Solche und andere Kritik lässt der rechtsextreme Bürgermeister von Hayange, einer Kleinstadt mit 16.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im früheren Stahlrevier der ostfranzösischen Region Lothringen, nicht gerne auf sich sitzen. Fabian Engelmann, Jahrgang 1979, regiert seit April 2014 im örtlichen Rathaus. Seitdem hat die relativ kleine Kommune insgesamt für ihn 46.757

Der französische Front National (FN) ist eine zeitgenössische neofaschistische Partei, die am 5. Oktober 1972 unter maßgeblicher Mitwirkung von Jean-Marie Le Pen gegründet wurde. Entscheidende logistische und finanzielle Hilfe kam dabei von der italienischen 1946 als Fortsetzung des historischen Faschismus gegründeten Partei *Movimento sociale italiano*.

In den ersten zehn Jahren seiner Existenz blieb der Front National eine Splitterpartei. Ab 1982/83 feierte die Partei dann ihre ersten Wahlerfolge. Diese basierten auf einer rechten bürgerlichen Wählerschaft, die sich von den Konservativen abwandte. Ab den 1990er-Jahren kamen dann auch enttäuschte vormalige Linkswählerinnen und -wähler hinzu. Damit einher ging ein Wechsel von einem aggressiv neoliberalen zu einem stärker auf sozialer Demagogie fußenden Wirtschafts- und Sozialdiskurs.

Euro an Justizkosten übernommen. Davon wurden allein 17.814 Euro dafür verwendet, interne Opposition und „Dissidenten“¹ aus dem eigenen politischen Lager des Bürgermeisters, der dem Front National (FN) angehört, juristisch zu attackieren. Weitere 13.843 Euro wurden dafür ausgegeben, Angehörige des Rathauspersonals mundtot zu machen, d.h. durch Prozesse einzuschüchtern.² Die Mehrheit des Geldes wurde also nicht einmal für den Kampf gegen tatsächliche politische Gegnerinnen und Gegner ausgegeben.

Das ist nur ein Ausschnitt aus der politischen Wirklichkeit in mehreren Ecken Frankreichs. Rund 500.000 Menschen werden dort derzeit auf kommunaler Ebene durch Rechtsextreme regiert. Denn fünfzehn Rathäuser haben ein rechtsextremes Kommunaloberhaupt an ihrer Spitze; hinzu kommen nochmals ungefähr so viele Dorfrathäuser, die von parteifreien Listen regiert, jedoch faktisch von rechtsextremen Kommunalpolitikern geführt werden.³ Ihre Amtszeit begann im April 2014 und läuft voraussichtlich bis Frühjahr 2020; in Frankreich finden die Kommunalparlamentswahlen, anders als in Deutschland, im ganzen Land zu einem gemeinsamen Datum statt.

NUR WENIG KONTINUITÄT

Als einzige rechtsextrem regierte Kommune weist Orange heute eine gewisse langjährige Kontinuität auf: Ihr Bürgermeister Jacques Bompard wurde 1995 zum ersten Mal gewählt, damals für den Front National. Er trat jedoch 2005 infolge von Konflikten mit dessen damaligem Chef Jean-Marie Le Pen, vor allem jedoch aufgrund seiner Opposition gegen die bereits beginnenden „Modernisierungsbemühungen“ seiner Tochter Marine Le Pen, aus seiner vormaligen Partei aus. Bompard wurde dadurch keinesfalls „gemäßigt“, sondern kritisierte im Gegenteil lautstark die angebliche „ideologische Aufweichung“ seiner früheren Partei und lancierte seine eigene Formation

mit tatkräftiger Unterstützung der ansonsten eher außerparlamentarischen „Identitären Bewegung“. Bei der nunmehr vorletzten französischen Kommunalwahl im März 2008 gewann dann seine Gattin, Marie-Claude Bompard, das Rathaus der nahe gelegenen Stadt Bollène hinzu. Bei den Kommunalwahlen 2014 konnten die Eheleute Bompard diese beiden Rathäuser, Orange und Bollène, erneut gewinnen und unter ihrer Kontrolle behalten.

In den anderen Städten, deren Rathäuser ebenfalls im Juni 1995 – Toulon und Marignane – oder im Falle der Marseiller Vorstadt Vitrolles im Februar 1997 an den Front National fielen, riss diese Kontinuität dagegen nach wenigen Jahren ab. Die dortigen rechtsextremen Kommunalverwaltungen hatten sich in aller Regel schnell blamiert, weil sie sich, wie im Falle der Großstadt Toulon, als inkompetent und korrupt herausstellten.⁴ Oder aber sie hatten durch eine scharf ideologisch markierte, rücksichtslose Politik Aufsehen erregt und Widerstände hervorgerufen.

Dies war anfänglich auch in Orange der Fall, wo in den Anfangsmonaten 1995-1996 etwa die örtliche Bibliothek aus ideologischen Gründen „gesäubert“ wurde. Dabei, so lautete die Vorgabe, habe „Literatur kosmopolitischen Geistes“ aus den Regalen zu verschwinden⁵; es traf dabei beileibe nicht nur Bücher linker Autoren, sondern auch zum Beispiel Kindermärchen aus China, Afrika und Haiti. Doch in Orange verstand es die Stadtverwaltung in den darauffolgenden Jahren, eine wesentlich geschmeidigere Politik zu verfolgen, weniger anzuecken und sich vor allem bei den Ladenbesitzern im Stadtzentrum durch Verschönerung der historischen Altstadt sowie durch kommunale Steuersenkungen beliebt zu machen. Die Außenbezirke und wenigen Hochhaussiedlungen, in denen die Wahlbeteiligung ohnehin relativ gering ausfällt, ließ man hingegen systematisch verkommen.

DREI GRUNDSÄTZLICHE POLITIKSTILE

Im Wesentlichen kann eine rechtsextreme Rathauspolitik in drei Richtungen gehen: Erstens kann sie versuchen, ihr ideologisches Programm umzusetzen. In den Aufgabenfeldern, für die die Kommunalpolitik zuständig ist, kann man dabei vorhandene Spielräume nutzen, etwa in der Kulturpolitik. In Vitrolles, wo die rechtsextreme Bürgermeisterin Catherine Mégret von Februar 1997 bis Oktober 2002 amtierte, wurden dabei sogar offen illegale Beschlüsse gefällt. Beispielsweise durch die Ein-

führung einer „Geburtenprämie“ in Höhe von 5.000 damaligen Francs nur für „europäische Eltern“. Diese wurde zwar Anfang 1998 innerhalb weniger Wochen nach ihrer Einführung vom Verwaltungsgericht kassiert und für illegal, weil diskriminierend, erklärt. Doch in den Worten der rechtsextremen Stadtregierung hatte die Justiz dabei nur demonstriert, „dass die Gesetze schlecht sind, eine konkrete Hilfe für unsere Landsleute verbieten und deswegen auf nationaler Ebene abgeändert werden müssen“⁶. Diese Art von Kommunalpolitik war auf Konflikt und Symbolpolitik ausgelegt.

Zum Zweiten können rechtsextrem geführte Kommunalregierungen umgekehrt versuchen, „Normalität“ zu demonstrieren und die Politikfähigkeit ihrer jeweiligen Partei – im bürgerlichen Sinne – unter Beweis zu stellen. Zu einer solchen Ausrichtung gehört es, sich auf Praktiken wie etwa kommunale Steuersenkungen zu konzentrieren, die andernorts in ähnlicher Weise auch von Wirtschaftsliberalen oder Konservativen umgesetzt werden. Diese ökonomischen Maßnahmen lassen sich jedoch immer noch dazu benutzen, um auf indirektem Wege besonders „Ausländervereinen“⁷, sogenannten multikulturellen Institutionen oder politisch unliebsamen Vereinigungen den Geldhahn zuzudrehen.

Zum Dritten aber gibt es bei rechtsextremen Politikern auch die Versuchung, sich zum ersten Mal so richtig hemmungslos zu bedienen.

Vor allem die erste und die dritte genannte Variante ihrer Rathauspolitik schaden den Rechtsextremen in der Vergangenheit, indem sie dazu beitragen, ihren Ruf zu ruinieren. Ihre Kommunalpolitiker, die von 1995 bis 2001 Toulon regierten, wurden mehrfach wegen erwiesener Korruption und Vetternwirtschaft verurteilt. Infolgedessen verlor der FN bei den Kommunalparlamentswahlen im März 2001 die einzige Großstadt, welche er bis dahin regierte (Toulon zählt rund 180.000 Einwohner), bei der vier miteinander konkurrierende Listen aus der Erbmasse des örtlichen FN gegeneinander antraten.

In einem Radiointerview am 20. März 2014, wenige Tage vor den bislang letzten Kommunalwahlen, behauptete FN-Chefin Marine Le Pen dann auch, ihre Partei habe „aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt“. Heute strebe sie danach, eventuelle Selbstbedienungstendenzen bei ihren örtlichen Funktionären zu kontrollieren.⁸

¹ Am 27. Oktober 2014 war etwa die damalige erste Stellvertreterin des Bürgermeisters von Hayange, die Lokaljournalistin Marie Da Silva, mit lautem Getöse zurückgetreten. Ursächlich dafür war der autoritäre und selbstherrliche Führungsstil der „Nummer Eins“ im Rathaus. Vor laufenden Kameras zerriss sie ihren Mitgliedsausweis des Front National (FN) von Marine Le Pen.

² Zahlen zitiert n. Tageszeitung *L'Humanité* vom 16./17./18. Dezember 2016.

³ Hingegen hat es die extreme Rechte bislang nicht geschafft, auch auf regionaler Ebene Regierungsgewalt zu erlangen. Entgegen manch anderslautenden Vorhersagen scheiterte der Front National bei den französischen Regionalparlamentswahlen vom 06. und 13. Dezember 2015 bei dem Vorhaben, nunmehr auch einzelne Regionalregierungen zu übernehmen.

⁴ Vgl. <http://section-ldh-toulon.net/Toulon-1995-2001-la-gestion.html> (Zugriffsdatum 4.2.2017)

⁵ Vgl. Artikel 1996 (1): http://www.liberation.fr/france-archives/1996/06/12/la-mairie-fn-nettoie-orange-par-la-peur-nepotisme-intimidations-censure-jacques-bompard-et-son-equip_174690 (Zugriffsdatum s.o.)

⁶ Vgl. Artikel von 1998 (1) <http://didier-hacquaret.over-blog.com/article-5273170.html> (Zugriffsdatum 4.2.2017) Sowie Artikel von 1998 (2) http://www.liberation.fr/france/1998/04/17/vitrolles-la-prime-megret-jugee-illegale_233328 (Zugriffsdatum s.o.) und Bruno Mégret (damals Chefideologe des FN) in seiner eigenen Erinnerung dazu in einem Film von 2017, zwischen Minute 53 und Minute 54: <https://www.youtube.com/watch?v=bheLTQa4Qls> (Zugriffsdatum s.o.)

⁷ Vgl. beispielsweise: http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/05/01/quelles-sont-les-mesures-prises-par-les-maires-front-national_4410274_823448.html (Zugriffsdatum s.o.)

⁸ Was den FN-Bürgermeister von Le Pontet, Joris Hébrard, nicht darin hinderte, im Frühjahr 2014 sein eigenes Gehalt vom Kommunalparlament um 44 Prozent erhöhen zu lassen. Der Beschluss wurde jedoch im Juni desselben Jahres durch den Präfekten (der Vertreter des Zentralstaats, der auch die Rechtsaufsicht über die Kommunen besitzt) annulliert.

Die Parteivorsitzende kündigte in demselben Interview auch an, allzu radikale Bestrebungen werde man in den künftig vom FN regierten Rathäusern ebenfalls unterlassen. So verwarf sie den Begriff und das Konzept des „Laboratoriums“; in den 1990er Jahren waren die damals vom FN regierten Städte noch als dessen „Versuchslabore“ bezeichnet worden.

„SPARSCHWEINEREIEN“

Sparbeschlüsse sind eine Komponente der Politik rechts-extremer Rathausregierungen, die heute offensiv vertreten werden. In Hénin-Beaumont in Nordostfrankreich verkündete Bürgermeister Steeve Briois etwa, ab 2015 würden umfangreiche Sparbeschlüsse umgesetzt. Die frühere Bergarbeiterstadt wurde vom FN im März 2014 bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewonnen, alle anderen Rathäuser eroberte die Partei jeweils im zweiten Wahlgang. Sehr bald nach Amtsantritt wurde entschieden, die Wohnsteuer um zehn Prozent zu senken; gegen die erklärte Auffassung des Rechnungshofs, der geltend machte, die Kommune sei bereits mit über dreißig Millionen Euro verschuldet.

In dem Zusammenhang ist es notwendig, darauf hinzuweisen, dass eine Steuersenkung mit festem prozentualen Anteil den Steuerpflichtigen umso mehr Geld erstattet, je mehr sie an Wohnsteuer bezahlen, also desto größer ihre Wohnung ausfällt. Die Maßnahme begünstigt also nicht in erster Linie die sozialen Unterklassen, an die der FN sich gerade im früheren Kohlrevier in Nordostfrankreich im Wahlkampf beharrlich wandte.

„SÄUBERUNG“ UNTER DEN ÖRTLICHEN VEREINEN UND INITIATIVEN

Ebenfalls als eine der allerersten Maßnahmen der neuen, rechtsgeführten Verwaltung wurde am 08. April 2014 bekannt, dass der Liga für Menschenrechte – LDH – ihre bislang kostenlos vom Rathaus zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten entzogen werden. Die traditionsreiche Menschenrechtsvereinigung (die LDH besteht seit 1898) war bis dahin durch die Gemeinde in einem Raum, der 20 Quadratmeter misst, beherbergt worden. Die neue Rathausmehrheit beschloss mit den Stimmen des Front National, nachträglich „36.000 Euro geschuldeter Mietzahlungen“ einzufordern. Am 9. April erklärte der parteilose, doch für den FN in die Nationalversammlung gewählte Abgeordnete und kamerasüchtige Anwalt Gilbert Collard, wäre er an der Stelle von Briois gewesen, hätte er „die LDH nicht hinausgeworfen“, denn dies gebe nur „jenen Nahung, die uns in die faschistische Ecke abdrängen wollen“⁹. Stattdessen hätte er von der Vereinigung gefordert, „einen Mietvertrag zu unterzeichnen und (künftig) zu bezahlen“.

Um eine etwaige desaströse Wirkung auf die öffentliche Meinung zu verhindern, korrigierte die rechtsextreme Kommunalführung von Hénin-Beaumont ihren Beschluss im Mai 2014, indem sie eine andere Sozialvereinigung, Restaurants du coeur, die Armenhilfe betreibt, ins Rathaus zu einem Empfang bei Schnittchen und Sekt einlud und ihr danach städtische Mittel zur Verfügung stellte.

In der Mehrzahl der Fälle läuft die Einflussnahme auf das lokale Vereins- und Initiativenleben jedoch nicht auf derart offene und brutale Weise ab wie beim Entzug des Lokals für die LDH, sondern vielmehr in einem schleichenden Prozess. So werden einzelne Vereine und Initiativen bevorzugt, wenn sie „auf Linie“ gegangen sind. Umgekehrt werden andere Strukturen, die unabhängig bleiben möchten, benachteiligt. Materielle Unterstützung, wie etwa die Nutzung eines Lautsprecherwagens, wird im Rathaus versprochen, und in letzter Minute wird die Zusage dann zurückgezogen. In anderer Form wird auch direkt in das Innenleben von Vereinen oder Initiativen eingegriffen. Die Amicale laïque, ein historischer, nicht-religiöser Geselligkeitsverein, musste sich in einem Abkommen mit der Stadtverwaltung – im Gegenzug zu bescheidenen Hilfsleistungen – dazu verpflichten, in jeder Ausgabe ihrer Mitgliederzeitschrift dem rechtsextremen Bürgermeister zu danken und ihn zu jedem ihrer Anlässe einzuladen. Dieser Verein entschied sich dafür, die Vereinbarung zu unterzeichnen. Daraufhin wurden Ehrenamtliche, die sich der FN-Rathausführung widersetzen, aus ihren Ämtern gedrängt.

Allgemein stellen sich die FN-geführten Rathäuser auf den Standpunkt, ihre Amtsperiode müsse notfalls auch durch harte Sparmaßnahmen (vor allem auf Kosten von Subventionen an zivilgesellschaftliche Vereine und Initiativen) einerseits und durch kommunale Steuersenkungen andererseits geprägt werden. In Mantes-la-Ville rund fünfzig Kilometer westlich von Paris, der einzigen FN-regierten Stadt im Großraum Paris, wurde etwa das Gesamtbudget zur Unterstützung aller Vereine und Initiativen der Kommune vom Jahr 2015 auf 2016 um insgesamt 35 Prozent abgesenkt.

DER TON WIRD RAUER!

Drei Gegnerinnen des rechtsextremen Bürgermeisters Robert Ménard in Béziers erhielten Todesdrohungen, wie die Zeitung Midi Libre am 24. Oktober 2015 berichtete: Alle drei erhielten einen Brief mit dem Absender „Ku Klux Klan“. Das Schreiben, das mit zweifelhafter Rechtschreibung abgefasst wurde, enthält eine Abbildung, auf der sich ein KKK-Mann mit weißer Kapuze und ein anderer Mann mit der Aufschrift „White League“ die Hand reichen. Im Hintergrund sieht man einen erhängten Schwarzen. In

dem Brief wird den drei Empfängerinnen ihr „vorprogrammierter Tod“ angekündigt; eine von ihnen wird ferner als „Araberhure“ bezeichnet, und es wird ihr angekündigt, „wie eine Palästinenserin (zu) krepieren“.

Zuvor waren die solcherart Bedrohten in der vom Rathaus herausgegebenen kommunalen Monatszeitung Le Journal de Béziers heftig angegriffen und als „Chefs der Unruhestifter im Stadtrat“ bezeichnet worden.

Der Bürgermeister von Béziers handelte sich selbst in anderem Zusammenhang Ärger ein. Am 24. September 2015 beleidigte Robert Ménard einen Lehrer in seiner Stadt, der sich geweigert hatte, ihm die Hand zu geben, und ihm stattdessen mündlich als petit con (singgemäß: „armer Idiot“) „Guten Tag“ sagte, und drohte ihm an, er werde seine Strafversetzung weg aus der Stadt veranlassen.

Am Abend des 4. Mai 2015 tönte der damals 61-Jährige anlässlich einer im Fernsehen ausgestrahlten Debatte, es sei nun genug mit ständigen Forderungen nach Mittelaussparungen für die Schulen in seiner Stadt, denn diese zählten angeblich „64,6 Prozent muslimische Kinder“¹⁰. Die haarsträubende Behauptung lässt sich statistisch nicht belegen, denn sogenannte statistiques ethniques – also Statistiken, in denen soziale Merkmale der Bevölkerung oder von einzelnen Personen nach Herkunft, Abstammung oder auch nach Konfessionszugehörigkeit aufgeschlüsselt erscheinen – sind in Frankreich ausdrücklich gesetzlich verboten.

Ménard behauptete nun lautstark, sein Rathaus habe selbst eigene Statistiken anfertigen lassen. Dies sei leicht, denn „auch wenn man das Gegenteil behauptet, kann man die Konfessionszugehörigkeit doch leicht von den Namen und Vornamen ableiten“. Angesichts dieses freimütigen Bekenntnisses zu einer vollkommen illegalen Praxis reagierte die Staatsanwaltschaft schnell und leitete ein Ermittlungsverfahren ein.

Ménard ruderte an den beiden darauffolgenden Tagen dann zurück und behauptete nun: „Niemand wird in Béziers nach Religionszugehörigkeit gespeichert, niemand. Wir haben überhaupt nicht die Mittel dazu!“

Am 6. Dezember 2016 stoppte die Justiz ein anderes Vorhaben des Rathauschefs von Béziers, das offenkundig illegal war, jedoch zu eindeutig politischen Propagandazwecken angekündigt wurde. Im Januar 2017 wollte Ménard demnach ein örtliches Referendum abhalten, das einer durch Premierminister Viktor Orban im Oktober 2016 in Ungarn anberaumten Volksabstimmung nachempfunden war. Orban hatte die ungarische Bevölkerung

darüber abstimmen lassen, ob sie nun gegen oder gegen, pardon: ob sie für oder gegen die geplante EU-weite Umverteilung von Geflüchteten (die in Griechenland oder Italien gestrandet waren) sei. Das Referendum scheiterte jedoch an einer zu geringen Beteiligung. Ménard mochte seinerseits von der örtlichen Bevölkerung wissen, ob sie nun wirklich mit der Zuweisung von Asylsuchenden durch den französischen Staat – durch die Zentralregierung – an „seine“ Stadt einverstanden sei. Dieses Vorhaben wurde mit enormem Getöse in den Kommunalzeitungen, die unter Robert Ménard in offene Propagandaschriften umgewandelt worden sind, angekündigt. Das zuständige Verwaltungsgericht in Montpellier stoppte das geplante Referendum jedoch als illegal.



Bernhard (Bernard) Schmid, Dr. iur.,
1987 in Süddeutschland geboren, seit 1992 teilweise und seit 1995 vollständig in Paris lebend. Jurastudium mit Spezialisierung im Arbeitsrecht. Hauptberuflich Jurist, davon 7,5 Jahre bei einer antirassistischen NGO beschäftigt und ein Jahr als juristischer Berater beim gewerkschaftlichen Dachverband CGT. Nebenberuflich freier Journalist und Autor.

EINE VORLÄUFIGE BILANZ

Im Frühjahr 2017 ist die Regierungszeit der im März 2014 für eine sechsjährige Amtszeit gewählten Kommunalregierungen bei ihrer „Halbzeit“ angelangt. Zwar ist es für ein umfassendes Gesamturteil noch relativ früh. Dennoch lassen sich einige erkennbare Tendenzen in der rechtsextremen Kommunalpolitik deutlich herauslesen.

So wird deutlich, dass das Versprechen, in Zukunft nun wirklich alles irgendwie anders zu machen als die „etablierten Parteien“, erwartungsgemäß nicht eingehalten wurde. Soziale Verbesserungen fielen aus, oder es traten sogar massive soziale Verschlechterungen ein, weil – u.a. aufgrund der lokalen Steuersenkungspolitik – für kommunale Sozialeinrichtungen kein Geld mehr da ist. Viel Aufmerksamkeit über ihre eigenen Kommunalgrenzen hinaus erregten die Stadtregierungen des Front National jedoch, wenn sie Symbolpolitik im Sinne ihrer rassistischen Ideologie betrieben. Wie etwa mit den oben erwähnten Plänen für ein „Referendum“ in Béziers zum Thema Migration, oder mit der Umbenennungen von Straßennamen, auf denen etwa an das Datum „19. März 1962“ und damit an den Waffenstillstand zum Ende des Algerienkriegs erinnert wurde. Hierüber möglichst viel öffentlichkeitswirksamen „Radau“ zu veranstalten, darin lag die vielleicht größte Befriedigung rechtsextremer Kommunalpolitiker in den letzten drei Jahren.

⁹ Vgl. dazu: <http://lelab.europe1.fr/Gilbert-Collard-n-aurait-pas-vire-la-Ligue-des-droits-de-l-homme-comme-l-a-fait-Steeve-Briois-a-Henin-Beaumont-13936> (Zugriffsdatum 4.2.2017) und http://www.ldh-france.org/IMG/pdf/revue_de_presse_du_4_au_10_avril_2014.pdf (Zugriffsdatum 4.2.2017)

¹⁰ http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/05/05/quand-robert-menard-fiche-les-enfants-des-ecoles-de-beziers_4627511_823448.html (Zugriffsdatum 4.2.2017)

„Vermeiden, die AfD in eine Opferrolle zu bringen“

INTERVIEW MIT MARIAN ZACHOW (CDU),
Erster Kreisbeigeordneter des Landkreises Marburg-Biedenkopf

Mit knapp 12,5 Prozent wurde die AfD bei den Kommunalwahlen 2016 im Landkreis Marburg-Biedenkopf drittstärkste Kraft von insgesamt acht Fraktionen. Ihr Vorsitzender kann auf langjährige politische Erfahrungen zurückgreifen und war 18 Jahre Bürgermeister der Stadt Biedenkopf.

Knapp ein Jahr nach der Kommunalwahl 2016 – wie sind aus Ihrer Sicht die ersten Erfahrungen mit der AfD im Kreistag Marburg-Biedenkopf?

Als Dezernent nehme ich die AfD in unserem Kreistag als eher aufgeschlossen und konstruktiv wahr. Auch in den Ausschüssen erlebe ich häufig ein interessiertes Nachfragen. Das hat mich ein wenig überrascht und ich erpapt mich dabei, dass ich den klassischen Klischees erlegen war und eine krawallig-populistische Arbeitsweise erwartet hatte.

Erfreulicherweise beobachten wir es hier anders. Ein Beispiel hierfür: Wir waren immer sehr stolz darauf, dass in unserem Landkreis so gut wie alle Beschlüsse zum Thema Integrationspolitik im Prinzip fast immer einstimmig erfolgten. Eine angenehme Überraschung war, dass sich dies nun auch nach der Kommunalwahl mit der neuen Zusammensetzung des Kreistages fortgesetzt hat. So hat der Kreistag im Jahr 2016 einen Beschluss verabschiedet, der die Willkommenskultur zu einer Mitminderkultur weiterentwickelt, indem innovative partizipative und pädagogische Angebote für Flüchtlinge ausgebaut und ehrenamtliche Projekte gestärkt werden. Das Ganze wurde (fast) einstimmig beschlossen. Auch mit fast allen Stimmen der AfD.

Generell würden Sie also sagen, dass eine konstruktive Arbeit von Seiten der AfD gegenüber den anderen Fraktionen stattfindet?

Sicherlich befindet sich die AfD, auch in unserem Kreistag, noch in einer Findungsphase.

Es ist auch nicht so, dass sie überdurchschnittlich viele Anfragen stellt. Aber zumindest was an Nachfragen bei der Verwaltung eingeht, ist ausgesprochen sachorientiert und konstruktiv. Wir haben von Anfang an - und das sage ich jetzt als Hauptamtlicher in der Verwaltung - die Devise ausgerufen, dass man die AfD genauso wie andere Fraktionen behandelt und keinesfalls ausgrenzen sollte. Ich denke, dass man etwas von anderen nicht erwarten kann, wenn man selbst nicht dazu bereit ist, es zu tun. Selbstverständlich behandeln wir die AfD deshalb demokratisch fair.

Gibt es bestimmte Themen, die die AfD in ihren Anträgen oder Nachfragen aufgreift?

In letzter Zeit hatten wir häufiger das Instrument der Kleinen Anfrage. Dabei ging es um lokalpolitische Fragestellungen, häufig aber auch mit Blick auf das Thema Integrationspolitik. Eine Frage ging in etwa darum, welche Gelder im Zusammenhang mit ihrer Arbeit mit Flüchtlingen vom Landkreis an Organisationen und Verein geflossen sind. Wir haben die Anfrage jedoch sehr gewissenhaft zusammengestellt und beantwortet. Die AfD hat sich daraufhin höflich bedankt. Dabei muss festgehalten werden, dass Duktus und Stil der Fragen keineswegs reißerisch, sondern höflich und interessierter Natur waren.

Gibt es denn auch Themen, bei denen sich die AfD nicht einbringt?

Die AfD meldet sich nicht bei allen Themen zu Wort, das gilt auch für andere Fraktionen. Dabei muss man jedoch so fair sein und sagen, dass sich der Kreistag bisher



nicht mit spektakulären und hoch brisanten Themen befasst hat. Seit der Kommunalwahl ging es in den Sitzungen eher um viele technische Dinge, die abgearbeitet werden mussten. Aber natürlich waren auch ein paar Schaufensteranträge, wie etwa zum Burka-Verbot, dabei.

Wie wird von den anderen Parteien auf die AfD reagiert?

In der Großen Koalition zwischen SPD und CDU haben wir uns darauf verständigt, die AfD so zu behandeln wie jede andere Partei auch. Wir wollen ihr also keine Sonderbehandlung zuteilwerden lassen, etwa den Tagungsraum verlassen, wenn Mitglieder der AfD-Fraktion reden. Denn wir möchten tunlichst vermeiden, die AfD in eine Opferrolle zu bringen und den Gegensatz zwischen „Altparteien“ und etwa „Rebellen“ oder „wahre Opposition“ aufkommen zu lassen. Dies bedeutet aber nicht, dass wir Rechtspopulismus in der Gremienarbeit tolerieren würden. Dann würden wir klar und deutlich gegen diese Aussagen vorgehen.

Was hat im Umgang mit der AfD bislang gut funktioniert?

Offenheit, Transparenz, Argumente. So haben wir zum Beispiel gleich in der ersten Ausschusssitzung nach der Wahl, als ersten inhaltlichen Punkt, die Grundzüge unserer Integrationspolitik vorgestellt. Im Nachhinein betrachtet war es nicht ganz ungeschickt, so offensiv mit dem Thema umzugehen. So konnten wir bereits frühzeitig Informationen weiterreichen, größtmögliche Transparenz herstellen und vermitteln, wie der Landkreis Marburg-Biedenkopf und seine politischen Gremien die Integrationsbemühungen umsetzen wollen.

Im Moment haben wir zum Glück die Situation, dass wir eine konstruktive Form der Zusammenarbeit gefunden haben, die es ermöglicht, mit allen Akteuren intensiv zu kommunizieren – eben auch mit der AfD.



Wie sind die Reaktionen auf Reden und Anträge der AfD von anderen Parteien. Haben Sie das Gefühl, dass andere Fraktionen bewusste Gegenrede halten, sich abgrenzen oder protestieren?

Ich führte bereits eben aus, dass zumindest die Koalitionsfraktionen sich vorgenommen haben, dass wir nicht einschreiten wollen, solange keine Grenzen überschritten werden und Falsches wiedergegeben wird. Aber wie gesagt, außer in der Burka-Debatte war bisher kein Eingreifen notwendig.

Sehen Sie in Bezug auf den Umgang mit der AfD im Kreistag noch Handlungsbedarf?

Sicherlich muss man aufmerksam sein und der eigenen Linie treu bleiben. Man darf sich nicht von Bundes- oder Landestrends anstecken lassen. Es wäre sicherlich ein Fehler, wenn wir nun in unserer Aufmerksamkeit nachlassen würden, nur weil wir bisher eine ziemlich geräuschlose parlamentarische Arbeit im Kreistag und in den Ausschüssen hatten. Es muss weiterhin darauf geachtet werden, dass Rechtspopulismus in unseren Gremien nichts zu suchen hat. Letztlich lässt es sich auch nicht ausschließen, dass das erste Jahr zunächst eine Kennenlernphase war und danach der „Turbo“ gezündet wird. Das kann ich jedoch erst mit etwas zeitlichem Abstand bewerten.

Das klingt ja alles erst mal recht positiv.

Wir sind selbst angenehm überrascht und freuen uns, dass unsere schlimmsten Befürchtungen, zumindest bis jetzt, nicht wahr geworden sind. Ich denke, es ist gut, dass wir von Anfang versucht haben, einen fairen Dialog mit der AfD zu beginnen. Wo dies hinführt? Keine Ahnung.

Meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern habe ich aber von Anfang an deutlich gesagt, dass wir die AfD anständig behandeln möchten. Da gerade bei uns im Landkreis die Integration von Flüchtlingen, wie ich meine, besonders gut umgesetzt wird, brauchen wir uns bei dem Thema auch nicht zu verstecken.

Das Interview führte Stefan Wunsch/MBT Hessen am 05.01.2017

„Sachlich bleiben“

INTERVIEW MIT DEBORAH MÜLLER-KOTTUSCH

Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Fulda – Land



Bei der Kommunalwahl im März 2016 zog die AfD als drittstärkste Partei mit 14,3 und damit 12 Sitzen in den Kreistag Fulda ein. Zusätzlich sind die Republikaner mit einem Sitz im Kreistag vertreten.

Wie sind aus Ihrer Sicht die ersten Erfahrungen mit der AfD im Parlament?

Meine Erfahrungen sind zwiespaltig: Zum einen hat man den Eindruck, dass sich die AfD als Volkspartei sieht und sich auch gerne so artikulieren möchte. Auf der anderen Seite merkt man, dass die AfD auch sehr unerfahren ist und einen politischen Bruch darstellt. Innerhalb der AfD gibt es sehr unterschiedliche Meinungen gerade in Bezug auf die Flüchtlinge. Man hat das Gefühl, dass die AfD bewusst ist, dass sie in einer schwierigen Situation steckt, obwohl sie – leider – so viele Stimmen bekommen hat.

Womit beschäftigt sich die AfD, stellt sie Anträge?

Von der Antragsbasis könnte man sagen, dass sie monothematisch ist, allerdings nimmt die AfD sehr wohl zu allen anderen gestellten Anträgen Stellung. Zum Beispiel hatten wir Grüne einen Antrag gestellt zum Thema energieautarke Region im Landkreis Fulda, den fand die AfD vollkommen unsinnig und unnötig. In einer globalisierten Welt bräuchte man keine lokalen Strukturen. Da zeigt sich, dass der Bezug zu Entscheidungen, die in der Politik bereits getroffen worden sind, nicht da ist und dass da nur die persönliche Meinung zählt. Z.B. bei der Windkraft sind Entscheidungen getroffen worden auf Landes- oder Bundesebene, die kann man jetzt auch nicht mehr umwerfen, wie den Ausstieg aus der Kernenergie. Das Thema Energiewende ist ja nun schon einige Jahre her und das wird von denen nicht akzeptiert.

Haben Sie sich auf den Umgang mit der AfD vorbereitet?

Unsere „Überschrift“ im Umgang mit der AfD lautet: Sachlich bleiben! Genauso läuft auch unsere Vorbereitung. Wir beschäftigen uns inhaltlich mit den Anträgen. Und ich habe auch den Eindruck, dass die anderen Fraktionen das so handhaben.

Gab es Anträge, die von anderen Parteien unterstützt wurden?

Die AfD hatte einen Antrag zu Videoaufzeichnungen von Kreistagssitzungen gestellt. Die SPD hat dann einen Änderungsantrag gestellt. Das Thema wurde schon in der letzten Legislaturperiode ausgiebig diskutiert. Wir hatten uns damals als ganzer Kreistag dagegen ausgesprochen. Die Fraktion „Die Linke/offene Liste“ fand Videoaufzeichnungen nicht schlecht. Der Gedanke ist ja auch nicht schlecht, aber man muss bedenken, dass wir dort ehrenamtlich agieren. Und ich unterstelle der AfD den Hintergedanken, dass sie ihre Auftritte nochmal medienwirksam nutzen will, beispielsweise auf YouTube, um dann auch meine Beiträge lächerlich zu machen. Das hat so ein Geschmäckle.

Was würden Sie anderen Abgeordneten aufgrund Ihrer Erfahrung empfehlen, was hat im Umgang mit der AfD gut funktioniert, was nicht?

Ein Geheimrezept gibt es leider nicht. Wenn es jemand hat, dann nehme ich das gerne an. Wichtig ist, dass man sich immer wieder in der Fraktion rüchspricht: Wie wollen wir auf die AfD reagieren? Wie kann es auch jeder mittragen? Denn wir sind natürlich auch ein „bunter Haufen“ mit verschiedenen Meinungen und diese Meinungen müssen auch repräsentiert werden. Also möchte man z.B. genauso polemisch reagieren wie die AfD oder möchte man sich sachlich auseinandersetzen? Ich denke, dass das Sachliche am Ende zielführend ist und man sollte der AfD nicht so viel Raum geben, damit sie sich groß tun kann, wie sie gerne sein will.

Tun sich die Abgeordneten der AfD denn groß?

Ich kann jetzt nur für den Landkreis Fulda reden. Da haben wir den Herrn Dr. Hohmann dabei, der eine andere politische Erfahrung hat, als das sonst in Kreistagen der Fall ist. Die Fraktion sucht die Bühne durch Beifall, Zwischenrufe und Buhrufe gegenüber Beiträgen anderer Fraktionen.

Umfragen zeigen, dass die Wähler*innen der AfD gar keine so hohen Erwartungen an die parlamentarische Arbeit haben, sondern sie aus anderen Gründen wählen, um ein Zeichen zu setzen oder ihrem Frust bzw. ihrer Wut Ausdruck zu verleihen. Glauben Sie, die Wähler*innen interessiert überhaupt, was im Kreistag konkret vorgeht?

Das macht mich ein bisschen traurig. Es ist ja in Ordnung, dass es emotionale Wähler gibt, aber kann sich der Wähler nicht vorher damit beschäftigen, was das Resultat mit sich bringt? Unser Anliegen war es, die absolute Mehrheit der CDU im Kreis Fulda zu brechen, aber jetzt ist der Preis doch sehr hoch.

Was ist der Unterschied zu anderen Parteien?

Der Umgang im Kreistag war immer sehr fair miteinander. Wir haben über Anträge und Änderungen sprechen können. Natürlich wurde auch immer einiges abgelehnt oder erst viel später wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Wir haben den Anderen ausreden lassen, wir haben Bezug genommen auf die Redebeiträge des Vorredners. Bei der AfD sieht man, dass das überhaupt nicht ihr Ziel ist, auf die Argumente des Vorredners einzugehen und sie „zu zerlegen“ oder die eigenen Argumente darauf aufzubauen. Man hat das Gefühl, das Ziel der Beiträge der AfD ist, den politischen Ablauf zu stören, einen Bruch zu schaffen. Einen einstudierten Vortrag „auf der Bühne“ vorzutragen und ein Schauspiel zu spielen, wie man sich ein Szenario im Kreistag wünscht, das bisher aber so nie politische Praxis gewesen ist. Es wird versucht, etwas darzustellen, was aber nicht an den Ort passt. Nach dem Motto: „Ich übe für den Bundestag.“ Man probiert sich aus, schaut, was kommt wie an, wann ruft der Kreistagsvorsitzende zur Ruhe. Wie weit kann ich gehen und was kann ich in den Bundestag mitnehmen. Man merkt auch, dass die AfD Themen der Bundesebene diskutiert. Da weiß ich aber nicht, ob das gezielt die AfD-Politik ist. Viele Bürger nehmen natürlich eher die Bundespolitik wahr als die Kreispolitik. Ich nehme an, das hat eher was mit der Unerfahrenheit zu tun, welche Ebene ist für was verantwortlich und was kann ich wo beschließen lassen.

Wir haben bisher nur über die AfD gesprochen, aber Sie haben ja auch einen Republikaner im Kreistag. Wie nehmen Sie den wahr?

Das ist ein noch speziellerer Kandidat. Man muss ihn ernst nehmen, obwohl ich das persönlich vielleicht gar nicht kann. In der letzten Legislaturperiode haben wir einige Male leider den Raum verlassen müssen, weil er wirklich menschenverachtende Redeweisen vorgebracht hat. Da ging es z.B. um eine Zeltstadt, wo Flüchtlinge untergebracht waren, und er der Meinung war, dass das auch im Winter bei Minusgraden kein Problem sei. Über Frauen und Kinder könne man sich ja noch unterhalten, aber die Männer hätten ja den langen Weg nach Deutschland auf sich genommen und jetzt müssten sie halt mit dem Risiko leben, dass sie da auch erfrieren.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Ich wünsche mir, dass man weiter kühlen Kopf bewahrt, dass man sich nicht von diesem Populismus auf emotionaler Ebene anstecken lässt und etwa genauso polemisch reagiert. Denn dann bewegt man sich auf einer Debattenebene, die für alle nicht hilfreich ist. Und dass man z.B. im Politik- und Wirtschaftsunterricht einen genaueren Blick darauf wirft, was die AfD im Moment tatsächlich tut, neben dem, was sie verlautbart, tun zu wollen.

Das Interview führte Christopher Vogel/MBT Hessen am 02.11.2016



„Einen klaren Kopf behalten“

INTERVIEW MIT SABINE WURST

Gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD Fraktion in Kassel

Nach der Kommunalwahl im März 2016 zog die AfD mit 12% und damit acht Abgeordneten in das Kasseler Rathaus ein. Die erste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fand unter Polizeischutz statt, vor dem Rathaus demonstrierten rund 150 Menschen gegen die AfD. Im November darauf legte der AfD-Fraktionschef bereits sein Amt nieder, dem vorausgegangen war ein Streit mit Mieter*innen seines Hauses, denen er kündigen wollte, um Wohnraum für Geflüchtete zu schaffen.

Was waren die ersten Erfahrungen mit der AfD im Kasseler Rathaus?

Für uns als SPD-Fraktion war das eine neue Erfahrung, und wir haben tatsächlich sehr lange darum gerungen zu überlegen, was der richtige Weg ist, wie man mit der AfD umgeht, wie wir als SPD-Fraktion mit der AfD umgehen.

Das heißt, das hat schon mal relativ lange gedauert, bis wir da eine Meinung gefunden haben und es hat auch immer wieder Überraschungen gegeben – also anfänglich waren ziemlich viele aus unseren Reihen, glaube ich, überzeugt davon, dass die AfD sich einbringen wird in den Sitzungen die öffentlich sind wie z.B. Ausschusssitzungen. Meine persönliche Erfahrung ist eher gegenteilig. Es werden zwar lähmend lange Anfragen wiederholt, in unterschiedlichen Formulierungen gestellt, aber die werden von der AfD nicht nochmal vorgestellt oder begründet. Ich habe eigentlich gedacht, dass sie die Momente nutzen würden, in der Öffentlichkeit ihre Positionen deutlich zu machen, indem sie auch davon Gebrauch machen, dass sie ihre Anfragen begründen dürfen. Oft wird das einfach nur vorgelesen, was sie schon sehr unterscheidet zu der Praxis anderer Fraktionen. Ich empfinde das als Zeitverschwendung und auch relativ dreist, an der Stelle nochmal den kompletten Text vorzulesen statt in eigenen Worten nochmal zwei, drei Sätze dazu zu sagen, was ihre Motivation ist, warum sie diese Fragen beantwortet haben wollen.

Insgesamt bin ich ziemlich genervt von der Art und Weise, wie sie ihre Arbeit gestalten. Sie lähmen nach meinem Empfinden die parlamentarische Arbeit dadurch, dass sie immer wieder Anfragen stellen, die ähnliche Sachverhalte behandeln – keine politischen Anträge. Aus meiner persönlichen Perspektive sieht man sehr

deutlich, dass es bei den Anfragen, die von der AfD gestellt werden, um die Stigmatisierung von Geflüchteten z.B. als Kriminelle geht, auch schon mit unterstellenden Fragestellungen gearbeitet wird, das ist bei ein, zwei Anfragen sehr deutlich geworden. Ich bin in zwei Ausschüssen, in denen die AfD relativ aktiv ist, dem Rechtsausschuss und dem Ausschuss für Bildung. Da werden von der AfD eigentlich gleiche Sachverhalte in unterschiedlichen Formulierungen angefragt. Und dadurch, dass die Anfragen sich wiederholen, lähmt das die Arbeit, weil andere Themen dann erst in einer der folgenden Sitzungen beantwortet werden können, die nach meiner Sicht eine dringendere Notwendigkeit haben, weil sie nicht schon zwei-, dreimal an anderer Stelle erörtert wurden.

Bei welchen Themen diskutiert die AfD, und welche Themen bringt sie ein, welche Themen nicht?

Bei der Stadtverordnetenversammlung, die ja noch mal eine größere Öffentlichkeit hat als eine Ausschusssitzung, hab ich den Eindruck, dass sie vor allem dann finanzpolitische Themen bespielen, wenn sie Bezug nehmen auf Geflüchtete. Ziemlich entsetzt war ich über den Wortbeitrag von der einzigen Frau innerhalb der AfD-Fraktion zur Personalentwicklung der Stadt Kassel. Da hat sie ein Statement gebracht, das bei mir persönlich einfach Gänsehaut hervorgebracht hat, weil das sehr deutlich geworden ist, dass sie ein überholtes Bild von Gleichstellung haben. Da ging es um den Beruf des Feuerwehrmannes, der Feuerwehrfrau, und im Grunde genommen war der Tenor der AfD, man braucht da gar keine Frauenförderung zu betreiben, weil das ein klassischer Männerberuf ist, und da hat die Frau auch gar nichts verloren, weil sie gar nicht geeignet ist, einen sol-



chen Beruf auszuüben. Da war ich wirklich schockiert. Das sind so Themen, die sie gerne in der Öffentlichkeit spielen, und dann teilweise auch rechtspopulistisch und rassistisch reagieren und Hetze betreiben.

Wie wird auf die AfD reagiert, was gibt es für Strategien des Umgangs?

Wir haben uns im Vorfeld mit anderen demokratischen Fraktionen zusammengetan und diskutiert, welche Verhaltensregeln für uns vernünftig sein könnten, wie wir uns ihnen gegenüber verhalten, an welchem Prozess man die AfD beteiligen möchte, an welchem man sie auch bewusst ausschließt. Wir als SPD-Fraktion haben zum Beispiel unter den wechselnden Mehrheiten, die wir im Moment haben, keine feste Kooperation oder Koalition, sodass wir mit allen Vertretern der anderen Fraktionen, außer der AfD, über unsere Anträge und die der anderen Fraktionen sprechen. Wir wollen auf keinen Fall bei unseren eigenen Anträgen von der AfD abhängig sein, es gäbe ja rechnerische Experimente, die da darauf hinauslaufen könnten, dass man sagt, wenn wir die AfD auf unsere Seite kriegen, dann hätten wir eine Mehrheit dafür. Das machen wir nicht.

Wir versuchen, uns mit den anderen Parteien darauf zu verständigen, dass es beispielsweise einen Wortbeitrag für alle anderen Fraktionen gibt oder einen Wortbeitrag aus jeder Fraktion.

Es gab beispielsweise einen Antrag der AfD, der einfach ganz klar in seiner Wortwahl rassistisch war, wo wir dann mit den anderen Fraktionen ganz konkret für diesen einen Fall dann ein Vorgehen besprochen haben. Ich persönlich finde es auch sehr wichtig, das war dann auch die Mehrheitsmeinung, dass man das auch sehr deutlich macht, warum man an der Stelle das so nicht durchgehen lassen kann, weil es eben nicht „nur“ populistisch ist, sondern tatsächlich auch eine rassistische Wortwahl ist, und dass da auch eine bestimmte Art von Propaganda dahinter steht, die man in der Stadtverordnetenversammlung nicht haben will.

Hat sich im Lauf der Zeit etwas verändert bzw. eingespielt, gibt es noch andere Verhaltensweisen von den Fraktionen?

Das ist sehr unterschiedlich, da gibt es keine interfraktionelle Absprache mit einem einheitlichen Ergebnis. Natürlich hat man besprochen, wie man sich verhalten sollte oder nicht, aber es gab da keinen Konsens in der Frage. Es ist auch bei anderen Themen schon immer mal so gewesen, dass die emotional so bewegend waren, dass der eine oder andere sich dazu hat verleiten lassen, Zwischenrufe zu tätigen. Man sollte aber die Fakten betrachten und die Emotionalität nicht die Überhand gewinnen lassen, sondern einen klaren Kopf behalten.

Worüber ich persönlich zum Beispiel sehr glücklich bin ist, dass für uns ziemlich klar ist, da haben wir auch sehr viele Mitstreiter in den anderen Fraktionen, dass wir eine rassistische Wortwahl nicht durchgehen lassen.

Es gibt immer wieder Diskussionen darüber, ob der Weg, den wir eingeschlagen haben, der richtige ist, ob man doch anders darauf reagieren muss. Bisher sind wir auch mit den anderen Fraktionen immer wieder übereingekommen, dass man die AfD gleichbehandelt, was ihre demokratischen Rechte anbelangt. Also die haben ein Rederecht, die haben ein Antragsrecht, die können ihre Anfragen stellen, aber wir plustern das nicht auf, indem wir dann noch 18 Wortmeldungen dazu machen. Das ist bisher konsensfähig, und ich persönlich trete auch immer wieder für diesen Weg ein.

Darüber hinaus gibt es ja auch die Möglichkeit, sich mit anderen Personen, die ebenfalls ehrenamtlich in der Stadtverordnetenversammlung oder Gemeindevertretungen engagiert sind, auszutauschen. Ich würde es sehr befürworten, dass man so einen Austausch auch befördert. Mich würde das interessieren, wie andere damit umgehen, welche Erfahrungen gemacht wurden, ob es noch andere Erfahrungen gibt, die noch bessere Wege aufzeigen oder vielleicht Belege dafür sind, dass das der richtige Weg ist, den wir da eingeschlagen haben.

Das Interview führte Kirsten Neumann/MBT Hessen am 20.01.2017



DIE SITUATION IN HESSEN

RECHTSPOPULISMUS IN KOMMUNALEN PARLAMENTEN

Laut amtlichem Endergebnis der Kommunalwahlen im März 2016 wurde die Alternative für Deutschland (AfD) drittstärkste Kraft in Hessen. Sie ist mit 183 Abgeordneten in 20 von 21 Kreistagen vertreten, mit Ausnahme des Werra-Meißner-Kreises, denn dort trat die Partei nicht an. Wahlanalysen bestätigen, dass die AfD „vor allem in sozial belasteten Stadtteilen, in Vierteln die als soziale Brennpunkte gelten, sowie Orten mit Erstaufnahmeeinrichtungen/Unterkünften für Flüchtlinge und Asylbewerber überdurchschnittliche hohe Wahlerfolge erzielen konnte.“¹

Darüber hinaus konnte sie offenbar auch viele Wähler*innenstimmen in Ortsteilen mit einer hohen Zahl von russlanddeutschen Spätaussiedler*innen gewinnen. Die Auswertung weiterer soziodemographischer Faktoren ergab weiterhin eine hohe Quote von männlichen, über 50-jährigen Wähler*innen, insgesamt kamen nur ein Drittel der Stimmen von Frauen.²

Erfahrungen im Umgang mit der AfD in hessischen Parlamenten werden also erst seit knapp einem Jahr gesammelt und somit liegen noch keine umfangreichen Erfahrungswerte mit empfehlenswertem Charakter vor. Unsere aktuellen Erhebungen zu Rechtspopulismus in Kommunalparlamenten finden in Nord- und Osthessen statt, in den Landkreisen Kassel/Kassel Stadt, Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg, in der Stadt bzw. im Landkreis Fulda. Die bei der Kommunalwahl gewählten AfD Parlamentarier*innen in Hessen sind in ihrer politischen Verortung sehr verschieden. Sie lassen sich in wirtschaftsliberal-konservativen, rechtspopulistischen bis hin zu völkisch-rassistischen (z.B. Institut für Staatspolitik, Identitäre Bewegung, Reichsbürger) Spektren finden. Die Wahlergebnisse zeigen, dass sich die AfD nun auch in Hessen etabliert hat. Immerhin ist es der Partei gelungen in den 20 Landkreisen „flächendeckend“ präsent zu sein, „in den fünf Großstädten und in 13 weiteren Städten und Gemeinden anzutreten.“³

DAS AUFTRETEN IN DEN PARLAMENTEN

Neben der politischen Einordnung der einzelnen Abgeordneten der AfD spielt die Frage eine wichtige Rolle, wie Abgeordnete der anderen Fraktionen mit Abgeordneten der AfD in den Parlamenten umgehen bzw. umgehen

möchten. Dafür haben wir Parlamentarier*innen aus den oben genannten sechs nord- und osthessischen Landkreisen befragt, auch zu der Frage, in welcher Weise die Abgeordneten der AfD ihre Arbeit in den kommunalen Parlamenten und Gremien begonnen haben.

Dabei spielt es eine Rolle, ob die AfD-Fraktionsmitglieder bereits zuvor in Parlamenten und Gremien gearbeitet haben. Die hessische AfD kann dabei auf bereits sehr erfahrene wie auch in der Öffentlichkeit bekannte Politiker bauen, so zum Beispiel mit dem Politiker Martin Hohmann, der sieben Jahre für die CDU als Nachfolger von Alfred Dregger Mitglied im Deutschen Bundestag war. Zunächst kandidierte er bei den hessischen Kommunalwahlen im Landkreis Fulda als Parteilooser für die AfD, trat dann aber in die Partei ein.

Hohmann war darüber hinaus 14 Jahre lang Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Neuhoof, südlich von Fulda. Zweifelhaftes Aufsehen erlangte er im Jahr 2003 nach einer als antisemitisch kritisierten Rede zum 3. Oktober unter dem Titel „Gerechtigkeit für Deutschland“. ⁴ Es folgte ein Parteiausschlussverfahren und die so genannte „Hohmann-Affäre“ zählt zu den bedeutenden Antisemitismus-Debatten der 2000er Jahre. Nach über zehn Jahren Abwesenheit trat der im Landkreis sehr bekannte Hohmann wieder einer Partei bei und tritt nun auf einem aussichtsreichen Listenplatz für die Bundestagswahl an.

Ein weiterer erfahrener Politiker ist Albrecht Glaser, Gründungsmitglied der AfD und einer der drei stellvertretenden Parteisprecher und Bundespräsidentenkandidat für die Wahl 2017. Er weist eine langjährige Erfahrung in der Kommunalpolitik auf und ist, u.a. wegen der so genannten „Glaser Fonds“⁵, mit denen er im Jahr 2000 als Frankfurter Stadtkämmerer rund 80 Millionen Euro Schulden machte umstritten.⁶

Weiterhin ist Heiner Hofsummer zu nennen, ehemaliges Mitglied im Hessischen Landtag und ehemaliger Leiter einer Schule in Hünfeld, „der 1997 wegen angeblicher Sozialdemokratisierung der CDU den Rücken kehrte und den rechtslastigen ‚Bund freier Bürger‘ (BfB) gründete, dessen nordhessischer Vorsitzender er mehrere Jahre war. Nach dem gescheiterten Versuch, in Osthessen einen regionalen Ableger der Schill-Partei aufzubauen, gehörte Hofsummer zu den Gründungsmitgliedern der AfD“⁷.

¹ Benno Hafener; *Die extreme und populistische Rechte - Kommunalwahl in Hessen, Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz. In Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis* 1/2016, S. 119-132.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Laut einem Urteil des Landgerichts Dresden aus dem Jahr 2016 kann die Rede von Hohmann als antisemitisch bezeichnet werden. Vgl. Jennifer Stange: Herr Hohmann von der AfD. In: <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/25910/> [Zugriff 10.01.2017]

⁵ Der Wertpapierfonds wurde 2000 vom damaligen Frankfurter Kämmerer Albrecht Glaser (CDU) an Magistrat und Stadtparlament vorbei für 100 Millionen Mark angeschafft und mit erheblichem Verlust, v.a. durch die „Finanzkrise“ 2007 von der Stadt Frankfurt wieder verkauft, vgl. Thomas Remlein: Glaser Fonds wird mit Verlust verkauft. In: <http://www.nnp.de/lokales/frankfurt/Glaser-Fonds-wird-mit-Verlust-verkauft;art675,628745> [Zugriff: 08.02.17] und Verlust-Fonds umstrukturieren? In: <http://www.kreisblatt.de/lokales/main-taunus-kreis/Verlust-Fonds-umstrukturieren;art676,473834> [Zugriff: 08.02.17]

⁶ So der Münchner Merkur in: <https://www.merkur.de/politik/albrecht-glaser-kandidat-dieser-mann-will-fuer-afd-bundespraesident-werden-6365160.html> [Zugriff 08.02.2017]

⁷ Peter Nowak: Neues Rechtsaußenbündnis? In: <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/neues-rechtsau-enb-ndnis> [Zugriff 10.01.2017]

Die parlamentarischen „Neulinge“ der AfD finden sich in vielen Kommunen erst nach in die politische Arbeit ein. In Nord- und Ostthessen ist das Auftreten der AfD Parlamentarier*innen auch deswegen sehr unterschiedlich, weil die Mitglieder dieser Partei ein breites politisches Spektrum umfassen. Das macht sich zum Beispiel daran bemerkbar, welche Anträge bzw. Anfragen von den jeweiligen Fraktionsmitgliedern gestellt werden. In der Regel geht es um das Thema Migration und Asyl, aber ebenso um Themen der inneren Sicherheit oder der so genannten „Extremismusbekämpfung“. Nicht selten sind dabei auch Anfragen mit einem rassistischen Unterton in den schriftlichen Formulierungen versehen. In manchen Kommunalparlamenten, in denen die AfD Mitglieder die ersten Monate keine „Störungen“ im routinierten Ablauf der Sitzungs- und Gremienarbeit verursacht haben, wird zum Teil konstruktiv mitgearbeitet. Ebenso werden Anträge gestellt, die eher regionale Themen umfassen, bei denen der Bereich Migration und Asyl nicht aufgegriffen wird. Unerfahrene Kommunalpolitiker*innen geben sich in den nord- und ostthessischen Kommunalparlamenten eher als stille Zuhörer*innen, die den meisten Anträgen der anderen Fraktionen zustimmen – kommunalpolitisch erfahrenere Abgeordnete können hingegen als regionale „Kümmerer“ mit Themen wie z.B. öffentlicher Nahverkehr oder regionaler Gesundheitsversorgung auftreten.

Ebenso gibt es rechte politische „Provokateure“, einzelne AfD-Abgeordnete werden von anderen politischen Fraktionen gar mit dem „faschistischen Blutrichter Roland Freisler“ verglichen, der in den 1920er Jahren Stadtverordneter in Kassel für die NSDAP war.⁸ Darüber hinaus gibt es auch Anfragen und Anträge, die sich mit der Bundespolitik beschäftigen, also die politische Kompetenz- und Handlungsebene von Kommunalparlamenten übersteigen und lediglich deswegen eingebracht werden, um ein öffentlichkeitswirksames politisches Statement abzugeben. Dies geschieht auch durch das gezielte Anfragen zu Themenkomplexen, in denen Zahlen und Fakten bereits veröffentlicht wurden. Solche Anfragen werden nicht nur gestellt, weil sie sich mit aktuellen Debatten um Flucht und Migration oder der inneren Sicherheit verknüpfen lassen. Man erhofft sich aus den Antworten Material, um die anderen Parteien vorzuführen, deren Politik zu skandalisieren und nicht zuletzt, sich als echte und einzige kritische Stimme im Parlament darzustellen. Solche „Schaufensteranträge“, wie z.B. der Antrag für ein Burkaverbot im Landkreis Marburg-Biedenkopf,⁹ gibt einen Einblick in die strategische Ausrichtung der Partei auf kommunaler Ebene.

Nicht nur mit Inhalten, sondern auch in Bezug auf den formalen Ablauf wird von einzelnen AfD-Mitgliedern eine „Anti-Establishment-Politik“ betrieben. Dort, wo erfahrene Politiker*innen für die AfD im Kommunalparlament sitzen, wird auf den formalen Ablauf geachtet. Wenn die in der Satzung festgelegten Abläufe aus unterschiedli-

chen Gründen nicht eingehalten werden können, sind aus der routinierten Arbeitspraxis der Kommunalparlamente unbürokratische Wege bekannt, die parlamentarischen Abläufe zu vereinfachen. Hierbei zeigt sich die AfD oft nicht kooperativ. Stattdessen bringen Fraktionsmitglieder der AfD oftmals Anträge zum Einhalten des formalen Ablaufs ein, was andere Fraktionen als eine gezielte Strategie zur Störung von routinierten Abläufen werten.

Der Umgang mit der AfD ist in den nord- und ostthessischen Parlamenten unterschiedlich: Es gibt gemeinsame Strategien des interfraktionellen Umgangs mit der AfD z.B. in der Besetzung der verschiedenen Ausschüsse und Gremien. Bekannt und erprobt ist die allgemeine Praxis, keinem AfD-Antrag zuzustimmen und ggf. eigene oder gemeinsame Anträge zu denselben Themen einzubringen.

Je nachdem, wie Fraktionsmitglieder der AfD in den einzelnen Kommunalparlamenten auftreten, wird versucht, sie in den Gremien politisch und demokratisch einzubinden. Dort, wo sich die Abgeordneten der AfD in die parlamentarische Arbeit einbringen und den Anträgen der anderen Fraktionen zustimmen und eigene Wortbeiträge lediglich zum Verständnis der vorliegenden Anträge dienen, gilt häufig die Absprache, die AfD-Abgeordneten genauso wie alle anderen Vertreter*innen der demokratisch gewählten Parteien zu behandeln.

Dort wo politisch grenzwertig formulierte Anträge eingebracht werden, gibt es teilweise lange und hitzige Wortbeiträge und auch scharfe rhetorische Entgegnungen. Um dies zu vermeiden und die teilweise immer wiederkehrenden Debatten abzukürzen, kann es die Absprache unter den Fraktionen geben, dass lediglich ein*e ausgewählte*r Parlamentarier*in eine Gegenrede zu dem jeweiligen Antrag hält.

Auch Bürgerbündnisse verstärken ihr kommunalpolitisches Engagement, seitdem die AfD in den Kommunalparlamenten vertreten ist, z.B. durch Mitglieder von Parteien, die sich auch in Bündnissen für Demokratie engagieren oder durch Absprachen von Bündnissen mit kommunalen Abgeordneten (zum Beispiel bei der Anmeldung von Protestveranstaltungen bei Ordnungsämtern). In Fulda hat ein regionales Bündnis im Januar 2017 eine interne Parteiveranstaltung der AfD verhindert, bei der als Hauptredner Björn Höcke geladen war, indem eine Protestkundgebung vor dem Veranstaltungsort angemeldet wurde. Darauf hin sagte die AfD ihre Veranstaltung ab.

In Eschwege hat das kreisweite Bündnis „Bunt statt braun – Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus im Werra-Meißner-Kreis“ ein eigenes Flugblatt entwickelt, in dem es sich mit Positionen der AfD vor allem zur Sozialpolitik kritisch und aufklärerisch auseinandersetzt. Darüber hinaus wurde in einer internen Fortbildung Argumentationsstrategien diskutiert und ein allgemeiner Umgang mit menschenfeindlichen Positionen im Wahljahr 2017

erarbeitet. Der Austausch und die Kooperation von außerparlamentarischen Bündnissen mit Abgeordneten in Kommunalparlamenten ist sehr fruchtbar und sinnvoll, denn so kann eine Transparenz von den oft komplexen Prozessen innerhalb der Kommunalparlamente hergestellt, sowie Bürger*innen ermutigt werden, sich kommunalpolitisch einzubringen und zu engagieren.

DIE HESSISCHE AFD UND IHRE VERBINDUNG ZUR „NEUEN RECHTEN“

Die Nähe zu neurechten Diskursen und Strategien drückt sich bei Teilen der hessischen AfD zum Beispiel durch ihre Nähe zum Institut für Staatspolitik aus. Der IFS-Trägerverein wird von Andreas Lichert geführt, der zugleich zum hessischen AfD-Landesvorstand gehört und über Verbindungen zur „Identitären Bewegung“ Hessen verfügt und bei den Bundestagswahlen 2017 auf Listenplatz sieben kandidiert.

Andere Beispiele zeigen, wie die Grenzen zwischen neuer Rechte und dem extremen Rand zunehmend verschwimmen: So publiziert zum Beispiel Fabian Flecken, Landesvorsitzender der hessischen Jungen Alternative (Jugendverband der AfD) im Online-Magazin „blaue Narzisse“, ein bedeutendes Neurechtes Online-Medium, welches vor allem an junge Menschen adressiert ist. Bei der eher aktionistisch orientierten „Identitären Bewegung“ (IB) sind einzelne AfD Mitglieder nachweislich an Aktionen beteiligt gewesen, wie zum Beispiel ein junger Kreistagsabgeordneter aus dem Kreistag Fulda. Auch Im Gießener Kreistag trat ein gewählter Mandatsträger der AfD nicht an, nachdem öffentlich wurde, dass er an einer Aktion der „Identitären“ teilgenommen hatte.¹⁰ Gleichzeitig wurde auf Landesebene von der Jugendorganisation „Junge Alternative“ eine Unvereinbarkeit zwischen Parteimitgliedschaft und Mitgliedschaft in der IB beschlossen, seitdem diese nun auch vom hessischen Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird und unter Beobachtung steht. Trotz dieser geäußerten Unvereinbarkeit, kam es im Wahljahr 2017 weiterhin zu Überschneidungen zwischen dem Jugendverband der AfD und rechtsextremen Strukturen. Ein Beispiel dafür ist das Gründungstreffen der Jungen Alternativen (JA) Marburg Ende März 2017, an dem nachweislich Mitglieder von „Identitärer Bewegung“, der rechtsextremen Burschenschaft Germania und der AfD Hessen (Andreas Lichert) teilgenommen haben.

Im Landkreis Hersfeld-Rotenburg traten kurz nach den Kommunalwahlen im März 2016 gleich zwei AfD-Kommunalpolitiker von ihren Mandaten zurück. Zunächst berichtete die Frankfurter Rundschau über die Betätigung des AfD-Mitglieds Axel von Baumbach, welcher sich

zum „Innenminister des Deutschen Reichs“ eines fiktiven Staates der sog. Reichsbürgerbewegung krönen lies. Ein Parteikollege Baumbachs musste aufgrund internen Drucks nach diversen hetzerischen Facebook-Postings auf sein Amt verzichten.¹¹

Im selben Landkreis trafen sich zwei Monate später im Mai 2016 zum ersten Mal Mitglieder eines rechten Forums namens „Herkules-Kreis“. Zu den Organisatoren gehörten neben Andreas Lichert auch der ehemalige Landtagsabgeordnete Heiner Hofsommer, der sich selbst in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung als Wegbereiter für den politischen Werdegang von Björn Höcke präsentiert.¹² So kam es, dass Höcke, eingeladen durch seinen langjährigen Bekannten und Parteifreund Hofsommer, als prominenter Gast vor etwa 60 Zuhörer*innen reden konnte.

FAZIT

Die nahezu flächendeckenden Erfolge der AfD bei den Kommunalwahlen im März 2016 haben der Partei einen neuen Auftrieb gegeben. Ein Jahr nach der Wahl ist sie auf dem Weg, sich in den Kommunalparlamenten zu etablieren. Eine eigenständige Themensetzung abseits der bundespolitischen Linie lässt sich jedoch noch nicht generell erkennen.

Doch nicht nur die AfD sammelt Erfahrungen, sondern auch die andere Parteien, die sich nun mit Rechtspopulismus im Parlament auseinandersetzen müssen. Positiv bewährt haben sich interfraktionelle Absprachen, bewusste Gegenreden wie auch die Betonung der eigenen, nicht-rassistischen Grundhaltung bis hin zu demonstrativer Gelassenheit, sich nicht durch rechtspopulistische Themensetzungen treiben zu lassen.

Es ist zu erwarten, dass auch in Zukunft weiterhin politische Trends und Themen des Bundestagswahlkampfes in die kommunalen Parlamente getragen werden, auch Überschneidungen zwischen der AfD und verschiedenen neurechten und rechtsextremen Flügeln und Gruppierungen werden bestehen bleiben. Offen bleibt, wie sich solche Vernetzungen der Partei über den rechten Rand hinaus auf die konkrete kommunalpolitische Arbeit vor Ort haben werden.

Die Frage nach dem Einfluss und das Wirken solcher Netzwerke ist hierbei von großer Bedeutung. Ein weiterer Grund, sich verstärkt gegen Menschenfeindlichkeit zu positionieren und an einer eigenständigen inhaltliche Positionierung zu arbeiten, die für ein konstruktives und demokratisches Zusammenleben steht.

Kirsten Neumann und Stefan Wunsch/MBT Hessen

⁸ Ein SPD-Abgeordneter und Ortsvorsteher aus Kassel: <https://www.facebook.com/norbert.sprafke> [Zugriff: 10.01.2017]

⁹ siehe Interview mit Marian Zachow

¹⁰ Danijel Majic: *Unterwanderung der AfD durch Identitäre?*

In: <http://www.fr-online.de/frankfurt/hessen-afd-unterwanderung-der-afd-durch-identitaere-1472798,34982708.html> [Zugriff 10.01.2017]

¹¹ Maximilian Holscher: *„Reichsinnenminister“: AfD-Abgeordneter ist Mitglied in dubioser Gruppe*. In: <https://www.hna.de/lokales/rotenburg-beb-ara/rotenburg-fulda-ort305317/afd-abgeordneter-mitglied-dubioser-gruppe-6217444.html> [Zugriff: 08.02.17]

¹² Friederike Haupt: *Ausbreiter und Platzhalter*. http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bjoern-hoecke-hat-die-afd-in-der-hand-13975594-p2.html?printPageArticle=true#pageIndex_2 [Zugriff 10.01.2017]

WAS TUN?

WIE UMGEHEN MIT RECHTSPOPULISMUS - EIN PERSPEKTIVWECHSEL



Die Reaktionen auf das Erstarken einer modernisierten Rechten und auf rechtspopulistische Stimmungen in der Bevölkerung, auf rassistische Straf- und Gewalttaten sowie auf die allorts beklagte Veränderung des politischen Klimas reichen von Betroffenheit und Entsetzen bis hin zum demonstrativen Verständnis für die Ängste sogenannter „besorgter Bürger*innen“. Konzepte, wie diesen Zuständen begegnet werden könnte, werden zum Teil sehr kontrovers diskutiert, aber häufig herrscht auch große Ratlosigkeit. Aus diesem Grund möchten wir im Folgenden einige Anmerkungen zur aktuellen Debatte und einige konkrete Vorschläge für einen Perspektivwechsel machen.

Die Themen dieses aktuellen gesellschaftspolitischen Diskurses spiegeln sich auch in den Anfragen an die Mobile Beratung wieder. Bis zur ersten Hälfte des Jahres 2016 fokussierten die meisten Anfragen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik auf Fragestellungen bei der Errichtung von Unterkünften für Flüchtlinge und bei der Etablierung einer lokalen Willkommenskultur. Seitdem sind diese Anfragen stark zurückgegangen: Die Unterkünfte sind eingerichtet (manche aufgrund sinkender Flüchtlingszahlen bereits wieder geschlossen), die Verwaltungen haben sich auf die temporären Gäste bzw. neuen Mitbürger*innen eingestellt und zivilgesellschaftliche Bündnisse sind etabliert. Nach wie vor engagieren sich viele Menschen in der konkreten Unterstützung vor Ort inzwischen nicht mehr für eine Willkommenskultur, sondern für die dauerhafte Integration der Neuangekommenen. Trotz aller Unkenrufe in Medien und Politik ist die Hilfsbereitschaft nicht eingebrochen, „die Stimmung“ ist nicht „gekippt“, sondern eine große Anzahl von Bürger*innen engagiert sich nach wie vor für ihr Gemeinwesen vor Ort.

Mittlerweile besteht nun in den Anfragen an die Mobile Beratung großer Bedarf nach Hilfestellungen im Umgang mit rechtspopulistischen Strukturen vor Ort, mit Hasskommentaren im Internet oder für angemessene Reaktionen auf sogenannte Stammtischparolen. Hierzu haben wir bereits eine Vielzahl von Workshops und

Vorträgen durchgeführt, um menschenfeindlichen Argumentationsmustern begegnen zu können. Ein neues Handlungsfeld für die Mobile Beratung entsteht aus den Wahlerfolgen von der AfD und anderer Parteien des rechten Randes und den neuen kommunalparlamentarischen Konstellationen und einhergehenden Umgangsformen in lokalen Parlamenten. Es scheint auf der Hand zu liegen, dass man sich in diesen Parlamenten nun für einen rauerer Umgangston und die Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Argumenten und rechtspopulistischen Argumentationslinien rüsten muss.

Natürlich kann ein Team der Mobilen Beratung solche Anfragen aus Zivilgesellschaft und (Kommunal-)Politik in Rahmen von Vorträgen und themenspezifischen Workshops bearbeiten, vor allem wenn es darum geht, Stellung gegen menschenverachtende Haltungen und Äußerungen zu beziehen. Wenn aber in emotional aufgeladenen Debatten rationale Argumente und Fakten nicht weiterführen, dann herrscht häufig Ratlosigkeit. Argumentieren gegen rechte „Stammtischparolen“ ist nicht sinnlos, weil es wichtig ist, öffentlich gegen menschenverachtende Stimmungen und Ressentiments Stellung zu beziehen – nicht zuletzt als Signal an schweigende Zuhörer*innen und vor allem an die von Rassismus und anderen Diskriminierungen Betroffene. Es hat aber unter Umständen, nach dem Schriftsteller und Kulturwissenschaftler Klaus Theweleit, einen anderen Effekt als intendiert: „Argumente helfen nicht gegen Ressentiments. Argumente sind vor allem dazu da, den, der sie vorbringt, selber zu überzeugen, das Richtige zu vertreten. Weiter überzeugt man mit Argumenten nur die, die schon vorher den vorgebrachten Argumenten anhängen.“¹

LAUTE MINDERHEIT UND LEISE MEHRHEIT

Zu häufig hört man aus Medien und Politik, man müsse die „Ängste“ der Menschen, die bei Wahlen ihre Stimme rechtspopulistischen Parteien geben (könnten), ernst nehmen. Konkrete Sorgen, die Menschen haben, können bearbeitet werden, diffuse „Ängste“ jedoch nicht. Erregt

vorgetragene Ressentiments und rassistische Verallgemeinerungen, die inzwischen einen breiten Platz in einer verunsicherten Öffentlichkeit eingenommen haben, gilt es hingegen zu widersprechen, wie es der Journalist Patrick Gensing formuliert:

„Und dann gibt es noch die vermeintliche Gegenstrategie, man müsse Ressentiments als Sorgen ernst nehmen. Ich denke, man sollte generell vor allem Menschen ernst nehmen. Und wenn ich jemanden ernst nehme, dann sage ich ihm auch, wenn er großen Mist erzählt. Man muss die Leute nicht als Pack beschimpfen, aber ihnen klar und deutlich widersprechen. Wenn man jemanden ernst nimmt, dann kann man ihn auch auffordern, ein politisches Anliegen vernünftig vorzutragen. Wer etwas zu sagen hat, der braucht nicht zu schreien.“²

An dieser Stelle möchten wir daher für einen Perspektivwechsel in der Auseinandersetzung mit erregten Stimmungslagen plädieren: Anstatt sich an den „Ängsten“ der Bürger*innen, die rechtspopulistische Parteien gewählt haben bzw. wählen könnten, allein zu orientieren, sollte der Fokus vielmehr auf den Sorgen und Nöten der „leisen Mehrheit“ liegen. Oder wie es die Wissenschaftlerin und Mitautorin der Studie „Gespaltene Mitte“, Beate Küpper, ausdrückt: „Wir sollten der lauten Minderheit der Fremdenfeinde in den gesellschaftlichen Debatten nicht so viel Raum geben, sondern der demokratisch gesinnten Mehrheit mehr Aufmerksamkeit schenken.“³

Zwischen 80% und 90% der Stimmen bei der Kommunalwahl 2016 in Hessen wurden nicht an rechtspopulistische Parteien, d.h. an AfD oder Republikaner oder gar an die NPD, vergeben. Laut wissenschaftlichen Studien ist die Zustimmung zur Demokratie und zu den Werten des Grundgesetzes nach wie vor überwältigend groß.⁴ Wir denken, dass Politik und gesellschaftlich relevante Akteure genau auf diesen Werten beharren und diejenigen, die hinter diesen Werten stehen, ansprechen sollten. Anstatt destruktiver Hetze mit verharmlosendem Verständnis diffusen Ängste zu begegnen, sollten die Menschen angesprochen werden, die nicht rechtspopulistisch wählen und vielmehr von menschenfeindlichen Einstellungen und Handlungen erschrocken oder angewidert sind. Seien es Mitarbeiter*innen lokaler Verwaltungen, die sehr flexibel und abseits routinierter Arbeitsanforderungen die Nöte und Bedürfnisse von Flüchtlingen bearbeitet haben und es immer noch tun. Seien es die Menschen, die in zivilgesellschaftlichen Bündnissen ehrenamtlich Kleider gesammelt, sortiert und verteilt, Sprachkurse gegeben, bei Behördengängen begleitet, Freizeitaktivitäten organisiert haben, kurz gesagt, die dafür gesorgt haben,

dass man überhaupt von einer Willkommenskultur reden kann. Und die sich, trotz aller Unkenrufe, weiterhin für ein weltoffenes, liberales und demokratisches Gemeinwesen einsetzen. Von der modernisierten Rechten werden diese Engagierten als „Bahnhofsklatscher“ und „Gutmenschen“ verunglimpft, dabei sind sie es, die sich aktiv für eine Gesellschaft einsetzen, in der Werte wie Weltoffenheit, Empathie und demokratische Teilhabe gelebt werden.

„PLURALITÄT IN EINER GESELLSCHAFT BEDEUTET NICHT DEN VERLUST DER INDIVIDUELLEN (ODER KOLLEKTIVEN) FREIHEIT, SONDERN GARANTIERT SIE ERST.“⁵

Politik und Medien sollten sich weiterhin für gesellschaftliche Minderheiten und ihre gesellschaftliche Teilhabe und unveräußerlichen Rechte einsetzen. Denn gerade am gleichberechtigten Umgang mit marginalisierten Gruppen beweist sich eine demokratische Kultur im Gegensatz zu diktatorischen Regimen. Oder wie es die Publizistin und Journalistin Carolin Emcke ausdrückt: „Die kulturelle Vielfalt einer modernen Gesellschaft anzuerkennen bedeutet ja nicht, dass die einzelnen Lebensentwürfe, die einzelnen Traditionen oder religiösen Überzeugungen darin keinen Platz mehr hätten.“⁶

Emckes Plädoyer für die demokratische Kultur wiegt umso schwerer, als es sich in den aktuellen menschenverachtenden Haltungen und einhergehenden Handlungen um den Versuch handelt, eine diskursive Hegemonie herzustellen, um den Erhalt und Zugewinn der „Vormachtstellung“ einer sich selbst als „Volksgemeinschaft“ definierenden Gruppe zu erreichen. „Starke Sprechpositionen“ und der Versuch, die Deutungshoheit über Diskurse zu gewinnen, zielen dezidiert auf antiplurale Gesellschaftsmodelle.

In einer Demokratie muss auch deswegen immer wieder aufs Neue auf gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen beharrt werden, egal welche Abstammung, sozialen Status, sexuelle Orientierung, politische Einstellung sie haben. Im Gegensatz zur modernisierten Rechten und ihren Anhänger- und Wähler*innen leitet sich aus dem Grundgesetz und internationalen Vereinbarungen zu Menschenrechten kein exklusiver Anspruch aus der Nationalität ab, auch wenn in der westlichen Welt rechtspopulistische Strömungen im Aufwind sind. Für Frankreich beschreibt der Soziologe Didier Eribon diesen anmaßenden Egoismus so: „Ganz allgemein speist sich die kollektive Selbstbehauptung nun aus der Zugehörigkeit zu einem Land, als dessen natürlicher Herr

¹ Klaus Theweleit zitiert nach: Feustel/Grodol/Prüwer/Reif (Hg.): *Wörterbuch des besorgten Bürgers*. Mainz 2016, S. 143

² Gensing, Patrick: <https://patrick-gensing.info/2016/11/09/fluechtige-moderne-2-0-der-hass-als-neue-konstante> Aufgerufen am 02.12.2016

³ Zitiert nach: <http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/Medien-und-Populisten-Welche-Rolle-spielen-Talkshows,populismus118.html> Aufgerufen am 07.12.2016

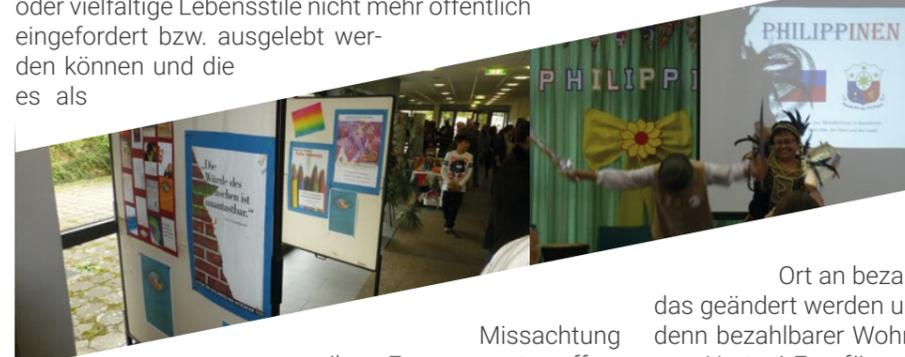
⁴ Vgl. etwa: Zick, Küpper, Krause: *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände*, Bonn 2016. Demnach sind 70 bis 80% der Deutschen „stolz“ oder „sehr stolz“ auf Demokratie und Verfassung.

⁵ Emcke, Carolin: *Gegen den Hass*. Frankfurt 2016, S.193

⁶ Ebd. S. 194

und Besitzer man sich fühlt und das seinen Bewohnern staatsbürgerliche Rechte und Anrechte garantiert, auf die man einen exklusiven Anspruch zu haben meint. Die Vorstellung, 'andere' könnten von diesen Anrechten – oder dem, was davon noch übrig ist – ebenfalls profitieren, wird unerträglich, da man glaubt, der eigene Anteil an ihnen werde dann kleiner.⁷

Zwischen 80% und 90% der abgegeben Stimmen bei der Kommunalwahl in Hessen im Jahr 2016 gingen an die von der modernisierten Rechten pauschal als „Alt- bzw. Kartellparteien“ verunglimpften Parteien. Dieser Mehrheit sollte auch ein Großteil der Aufmerksamkeit gelten, sie sollte in erster Linie Adressat politischen und medialen Handelns sein: Es sind diejenigen Bürger*innen, die nicht in einer abgeschlossenen, intoleranten Gesellschaft leben wollen, in der die Wahrung von Menschenrechten von Nationalität oder imaginierter Normalitätsvorstellungen abhängig gemacht wird, die nicht in einem Land leben wollen, in dem eine laute Minderheit glaubt, „das Volk“ zu sein und bestimmen kann, was politisch gewünscht und umgesetzt wird. Es sind solche Bürger*innen, die nicht zusehen wollen, wie Minderheitenrechte oder vielfältige Lebensstile nicht mehr öffentlich eingefordert bzw. ausgelebt werden können und die es als



Missachtung ihres Engagements auffassen, wenn vermehrt strengere Asylregelungen getroffen werden, von ihnen unterstützte Asylbewerber*innen etwa nach Afghanistan abgeschoben werden, während das Auswärtige Amt vor Reisen dorthin warnt oder starre bürokratische Regeln verhindern, dass ein junger, motivierter und qualifizierter Mensch keine Ausbildung anfangen kann. Die Auseinandersetzung zwischen Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit und Mitarbeiter*innen in Ämtern und Behörden führt hingegen zu einem Erkenntnisgewinn, aber auch zu neuen

Formen von bürgerlicher politischer Beteiligungskultur, die in dieser Dimension als einmalig betrachtet werden kann. Hierüber hat eine große Anzahl von engagierten Bürger*innen das kommunale Gemeinwesen als auch Gesetzesvorgaben und deren behördliche Umsetzung, die nicht zwingend am Wohl der betroffenen Menschen ausgerichtet ist, genauer kennengelernt. Diese Erfahrungen werden nun vielerorts nicht mehr privat betrachtet, sondern in neu gegründeten Unterstützungsgruppen öffentlich diskutiert.

Der hier vorgeschlagene Perspektivwechsel betrifft allerdings nicht nur Politik und Medien. Er sollte auch für Bürgerbündnisse gelten, denn „es war die demokratische Mehrheit einer engagierten Bürgerschaft, die Pegida nirgendwo in Deutschland außer in Dresden hat hochkommen lassen, und es war die Mehrheit der Offenen Gesellschaft, die seit dem Spätsommer 2015 aktiv für das Asylrecht und die Flüchtlingshilfe eingetreten ist.“⁸ Daraus sollten die Engagierten das Selbstbewusstsein ziehen, öffentlich wahrnehmbare

politische Forderungen zu stellen. Es fehlt vor Ort an bezahlbarem Wohnraum? Dann sollte das geändert werden und zwar nicht nur für Flüchtlinge, denn bezahlbarer Wohnraum fehlt auch für Student*innen, Hartz-4-Empfänger*innen und Bezieher*innen niedriger Einkommen. Die öffentliche Infrastruktur ist marode und dringend sanierungsbedürftig? Dito. Es fehlt die Möglichkeit, sich aktiv am Gemeindeleben zu beteiligen, es gibt Defizite in der politischen Repräsentation? Dann sollte das für alle geändert werden. Beispielsweise haben sich dort, wo lokale Unterstützungsbündnisse für Flüchtlinge deutlich wahrnehmbar an die Öffentlichkeit getreten sind (über Pressemitteilungen, Facebookseiten, angemietete Räume und Treffpunkte, Willkommens- und Vernetzungsveranstaltungen etc.) die lokalen Dis-

kurse auch verschoben, demokratische Diskurse sind sichtbarer und dominanter geworden. In der Kreisstadt Eschwege z.B. gab es 2016 eine Veranstaltung für Ehrenamtliche und Flüchtlinge unter der Schirmherrschaft des Landrats mit mehreren hundert Teilnehmer*innen (die Lokalzeitung sprach sogar von 1000 Gästen und Aktiven), um sich zu vernetzen, auszutauschen und gemeinsam zu feiern. Dieses Beispiel dokumentiert ein beeindruckendes öffentliches Zeichen über die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse und die Stimmungslagen in einem Landkreis - kaum vorstellbar, dass eine rechtspopulistische Veranstaltung so viele Menschen anziehen würde.

So gesehen hat die gegenwärtige Zerrüttung eventuell doch noch



etwas Gutes: Dass gesellschaftliche Fehlentwicklungen wie zunehmende Entsolidarisierung und neoliberal geprägte ungerechte Vermögensverteilung, mangelnde demokratische Repräsentation und Mitbestimmungsmöglichkeiten (und damit durchaus andere, als die, auf denen Populist*innen gerade penetrant „herumreiten“) nun aufs Tapet kommen und korrigiert werden können. Der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft fehlt zurzeit eine gemeinsame Erzählung davon, was uns im Innersten zusammenhält. Die modernisierte Rechte bietet eine Erzählung von einer imaginierten „Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft“. Didier Eribon beschreibt die Hinwendung eines ehemals kommunistisch geprägten Milieus in seiner Heimatstadt Reims hin zum Front National so: „Die fehlende Mobilisierung als Gruppe bzw. die fehlende Selbstwahrnehmung als solidarisch-mobilisierte Gruppe (...) führt dazu, dass rassistische Kategorien die sozialen ersetzen.“⁹

Wer anders als die Vertreter*innen einer offenen Gesellschaft, wäre in der Lage, eine neue, solidarische Erzählung, die nicht erst seit dem Beginn des verstärkten Zugzugs von Flüchtlingen gesucht und erprobt wird, diesen neuen Zusammenhalt einzufordern?! Es braucht „attraktive Erzählungen über die liberale, pluralistische Demokratie, die die Ideen der Freiheit und Gleichheit vor der Kulisse der Globalisierung mit neuem Inhalt füllen. Kraftvolle Narrative, die auch denen realistische Andockpunkte bieten, die sich außerhalb des Spiels wähnen und dementsprechend wahrgenommen werden.“¹⁰

Diejenigen, die sich „außerhalb des Spiels“ wähnen, wählen mehrheitlich Parteien wie die AfD nicht, weil sie von Rechtspopulist*innen realistische Lösungen erwarten, sondern auch deshalb, um der etablierten Politik zu demonstrieren, dass etwas schief läuft in Deutschland. Die große Mehrheit der Gesellschaft ist nicht bereit, diesen plebiszitären „Stinkefinger“ bei Wahlen zu zeigen. Ihnen sollte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, und sie selbst sollten diese Aufmerksamkeit selbstbewusst einfordern. Sie haben allen Grund dazu.

Christopher Vogel/MBT Hessen



⁷ Didier Eribon: *Rückkehr nach Reims*. Berlin 2016, S.140

⁸ Carius/Wegner/Welzer/Wilkens: <https://www.die-offene-gesellschaft.de/blogposts/10-thesen-fur-eine-kraftvolle-bewegung> Aufgerufen am 01.12.2016

⁹ Eribon 2016, S. 139

¹⁰ Weidenbach, Verena: <http://starke-meinungen.de/blog/2016/11/25/denkschablonen-statt-analyse-trumps-wahlsieg-im-zeichen-des-postfaktischen/#more-6611> Aufgerufen am 02.12.2016



NEUE NACHBARN

RECHTSPOPULISMUS IN HESSEN

gefördert von:

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



Ein Projekt der



BUNDESVERBAND
MOBILE
BERATUNG

